

Sparen im Asylwesen, bei Verwaltungslöhnen und bei der Armee populär



Schlussbericht zum "Finanzmonitor 2013"

Studie im Auftrag von economiesuisse, Juni 2013

Projektteam

Claude Longchamp Politikwissenschaftler,
Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen

Jonas Ph. Kocher Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Philippe Rochat Politikwissenschaftler

Carole Gauch Politik- und Medienwissenschaftlerin

Andrea Kohli Germanistin

Inhaltsverzeichnis

1	WICHTIGSTES IN KÜRZE.....	3
1.1	Thesen	5
2	EINLEITUNG	7
2.1	Mandat	7
2.2	Zielsetzung	7
2.3	Design	7
2.4	Wirtschaftliches Umfeld der aktuellen Befragung	9
2.5	Auswertungsmethoden	11
2.6	Projektteam	11
3	BEFUNDE	12
3.1	Übersicht	12
3.2	Schuldenbremse	13
3.2.1	Zwischenbilanz	16
3.3	Bundesschulden	16
3.3.1	Zwischenbilanz	20
3.4	Vergleich von Leistungen und Abgaben	21
3.4.1	Zwischenbilanz	24
3.5	Staatsaufgaben	24
3.5.1	Zwischenbilanz	28
3.6	Einstellungen zur Steuerpolitik	29
3.6.1	Zwischenbilanz	32
3.7	Strategien für den Staatshaushalt	32
3.7.1	Zwischenbilanz	37
3.8	Glaubwürdigkeit von Akteuren	38
3.8.1	Zwischenbilanz	40
4	SYNTHESE	42
5	ANHANG	45
5.1	gfs.bern-Team	45
5.2	Signifikanztabellen Untergruppen	47

1 Wichtigstes in Kürze

Die Schuldenbremse ist ein Erfolgsprodukt und wird auch zunehmend so wahrgenommen. Mit 90 Prozent ist der Wunsch die allgemeine Schuldenbremse beizubehalten fast flächendeckend.

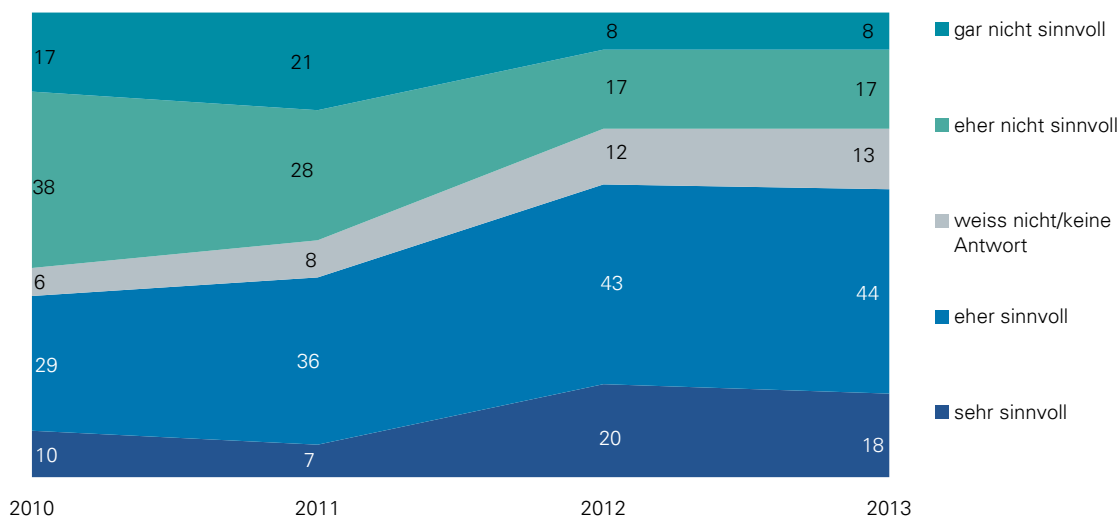
Weil sie so breit akzeptiert ist, halten auch 62 Prozent der Befragten eine Ausweitung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen für sehr oder eher sinnvoll; 25 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Damit bestätigt sich das letztjährige Resultat.

Grafik 1

Trend Schuldenbremse für Sozialversicherungen

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Fragt man die Stimmberechtigten direkt nach den Bundesschulden, so unterschätzen 35 Prozent ihre Höhe. 21 Prozent überschätzen sie. 15 Prozent der Befragten liegen mit 100 bis 119 Milliarden nahe am tatsächlichen Wert von 112 Milliarden. Im Durchschnitt wird der Schuldenberg auf 96.6 Milliarden Franken geschätzt.

Erstmals nahmen mehr Befragte einen Schuldenrückgang als ein Schuldenwachstum wahr. Die grösste Gruppe geht davon aus, dass der Schuldenstand in etwa gleich geblieben ist. Für 42 Prozent ist er immer noch zu hoch. 38 Prozent der Befragten beklagen zwar die Höhe der Schulden, halten sie aber für tragbar.

Nach wie vor haben die Befragten den Eindruck, gegenüber dem Staat eine negative Austauschbilanz zu haben. 45 Prozent der Befragten geben an, selber mehr zu bezahlen als zu erhalten. Für 41 Prozent ist das Verhältnis ausgeglichen.

58 Prozent beklagen, die Behörden hätten die Ausgaben nicht im Griff. Dieser Wert liegt im Schnitt der letzten fünf Jahre. 50 Prozent der Befragten sind aber der Meinung, es würden wichtige Aufgaben vernachlässigt. In den Jahren 2008 bis 2010 wurde dieser Punkt besonders stark beklagt.

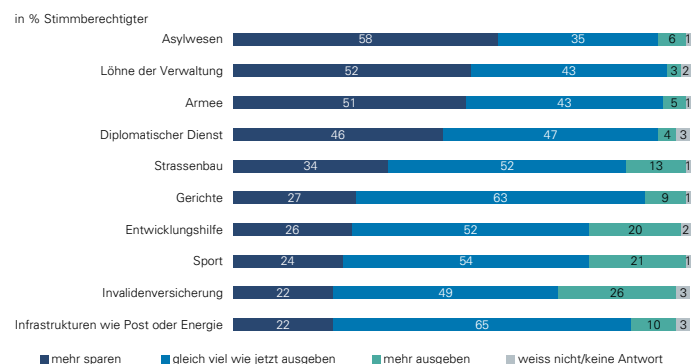
Die mehrheitlich akzeptierten Sparsbereiche sind über die Jahre relativ stabil geblieben. So wollen die meisten Befragten beim Asylwesen, den Löhnen der

Verwaltung und bei der Armee sparen. Dahinter folgt der diplomatische Dienst. Bei allen anderen Ausgabenbereichen ist eine Mehrheit mit der heutigen Ausgabenhöhe zufrieden.

Grafik 2

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr sparen)

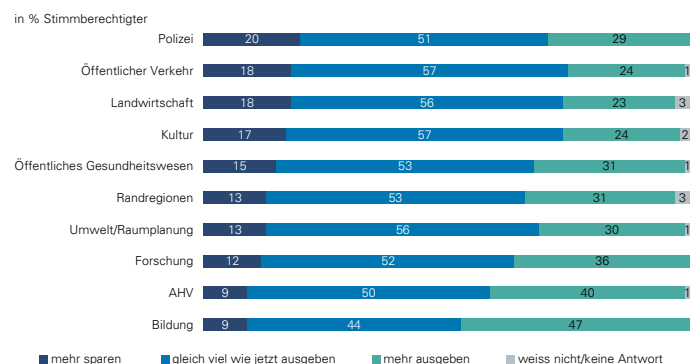
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2) (mehr sparen)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

In drei weiteren Bereichen tendiert die Bevölkerung eher zum Sparen, nämlich beim Strassenbau, bei den Gerichten und bei der Infrastruktur. Ein leichtes Plus für mehr Sparen resultiert bei der Entwicklungshilfe und beim Sport, ein leichtes Plus für mehr Ausgaben bei der IV, der Landwirtschaft, dem öffentlichen Verkehr, der Kultur und der Polizei. In den Bereichen öffentliches Gesundheitswesen, Umwelt und Raumplanung sowie den Randregionen, deutlicher im Forschungsbereich und bei der AHV tendieren die Befragten eher zu Mehrausgaben. Die Bildung ist seit 2009 der bevorzugte Bereich der Schweizerinnen und Schweizer, wenn es um Mehrausgaben geht.

Die Aufteilung nach Parteiwählenden ergibt folgendes Bild: SVP- und FDP. Die Liberalen-Wählende wollen mehrheitlich im Asylwesen sparen. Bei der SP und der GPS gilt die Armee als zentraler Sparbereich. Bei der CVP würde man den Rotstift mehrheitlich bei der Verwaltung ansetzen – bei den Löhnen allgemein und in der Diplomatie im Besonderen. Auch die Wählerschaft der GPS kritisiert die Beamtenlöhne mehrheitlich.

Unverändert zum Vorjahr taxieren 45 Prozent die selbst erfahrene Belastung durch Steuern als ein ganz grosses oder eher grosses Problem. Nachdem die Zustimmung zu dieser Frage jahrelang gesunken ist, steigen die kritischen Werte seit 2010 langsam aber kontinuierlich wieder an. Das Ausmass der Klagen hängt von den Einkommensverhältnissen ab. In tieferen Einkommensklassen sind kritische Stimmen verbreiteter als in höheren. Das Ganze wird zudem durch die Aufteilung nach Sprachregionen akzentuiert. In den lateinisch geprägten Landesteilen ist die Kritik besonders hoch.

Kaum verändert hat sich die Grundeinstellung zu den Steuern: Fast alle betrachten die Steuern als Pflicht und bezahlen sie, damit der Staat funktioniert. Nur rund ein Viertel der Befragten entrichtet den Obolus aber gerne. 2010 waren fast neun von zehn Stimmberechtigten der Meinung, dass sie vom Staat in Ruhe gelassen werden wollen, nachdem sie ihre Steuern bezahlt haben. Seither sind die Werte auf rund sechzig Prozent gesunken.

Differenziert man das nach den fünf hauptsächlichen Strategien in der Finanzpolitik, dominiert die Optimierung der Aufgabenerfüllung unverändert. 66 Prozent sind der Meinung, man solle Steuern und Ausgaben gleichermaßen senken. Knapp nicht mehr mehrheitsfähig ist dagegen, erst die Steuern und dann die Ausgaben zu senken. Steuerhöhungen bleiben für fast drei Viertel der Befragten ein Tabu.

Die finanzpolitischen Präferenzen der Schweizer Stimmberechtigten sind klar verteilt. Kommt es in öffentlichen Haushalten zu Defiziten, sollen die Ausgaben

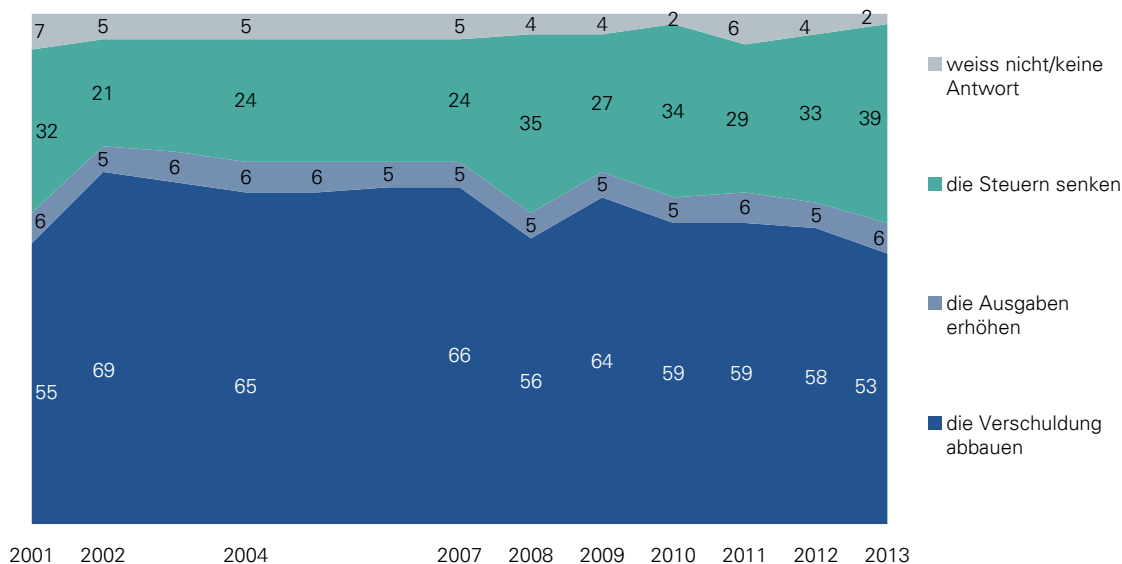
gekürzt werden. Bei Überschüssen liegen die Meinungen zwischen Schuldenabbau und Steuersenkungen. Der Trend entwickelt sich seit 2002 leicht, aber kontinuierlich in Richtung von Steuersenkungen.

Grafik 3

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

79 Prozent der Befragten trauen sich finanzpolitische Entscheidungen zu: Gegenüber dem Vorjahr ist der Wert zwar geringer, aber immer noch klar mehrheitlich; zudem sieht man sich selber am verbreitetsten als kompetenten Akteur.

An zweiter Stelle hat sich der Bundesrat etabliert. Er rangiert noch vor dem Parlament. Verbessert hat sich Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Die kurzfristige Tendaussage gilt auch für die kantonalen Finanzdirektoren.

Bei negativem Trend mehrheitlich glaubwürdig sind die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und der Gewerbeverband. Erstmals seit 2009 ist *economiesuisse* unter die 50-Prozent-Schwelle gefallen. Die 50-Prozent-Hürde erreicht auch keine Partei mehr, wobei die SVP und FDP am ehesten noch glaubwürdig bleiben; SP, GPS und CVP rangieren dahinter.

1.1 Thesen

Aus den Ergebnissen des Finanzmonitors 2013 leiten wir neun Thesen ab:

These 1

Die finanzpolitischen Beurteilungen der Stimmberechtigten werden vor dem Hintergrund einer insgesamt neutralen Zukunftsbeurteilung gemacht. Die Beurteilungen sind in erster Linie parteipolitisch polarisiert. Optimistischer als der Schnitt sind FDP-Wählende, pessimistischer sind SVP-Wählende.

These 2

Die wahrgenommene, eigene Belastung durch Steuern wächst langsam aber kontinuierlich an. Sie wird einkommensabhängig unterschiedlich beurteilt. In unteren Einkommensklassen sind kritische Stimmen verbreiteter als in höheren.

These 3

Die Austauschrelation zwischen sich und dem Staat ist mehrheitlich negativ, verbessert sich aber langsam wieder. Der Anteil derjenigen, die das Verhältnis von Abgaben zu Leistungen als ausgeglichen erachten, steigt stetig.

These 4

Die Beurteilung des finanzpolitischen Staatshandelns ist moderat kritisch. An den politischen Polen wird die Aufgabenerfüllung kritisiert, rechts der Mitte das Ausgabeverhalten.

These 5

Mehrheitliche Ausgabenpräferenzen gibt es selbst im Bildungsbereich nicht mehr, mehrheitliche Sparbereiche im Asylwesen, bei den Verwaltungslöhnen und der Armee indessen weiterhin. Die Sparpräferenzen polarisieren in erster Linie nach Parteipräferenz. Rechts steht das Asylwesen in der Kritik, links die Armee.

These 6

Mehrheitlich akzeptierte, finanzpolitische Strategien sind Ausgabenkürzungen bei Defiziten, während bei Überschüssen Schuldenabbau an erster, Steuersenkungen an zweiter Stelle stehen. Der Trend geht leicht in Richtung Steuersenkungen. Die allgemeine Beurteilung ist kaum abhängig von Parteipräferenzen und Haushaltseinkommen.

These 7

Die Schuldenbremse hat sich durchgesetzt. Sie gilt mehrheitlich als bewährt und wirksam. Die überwiegende Mehrheit will sie beibehalten. Die Zustimmungsmehrheit die Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen zu erweitern ist weiter gefestigt.

These 8

Die Glaubwürdigkeit der staatlichen Finanzbehörden ist solide, teilweise leicht steigend. Eher sinkend ist die der Interessenvertreter, auch der politischen Parteien. Am besten schneiden in Finanzfragen noch SVP und FDP ab, doch polarisieren auch sie entlang der Parteigrenzen.

These 9

Je nach Siedlungsart werden unterschiedliche finanzpolitische Schwerpunkte gesetzt. Das tritt besonders bei der Beurteilung öffentlicher Aufgaben auf, wo die grossen Kernstädte mehr zum Sparen neigen als die übrigen Regionen.

2 Einleitung

2.1 Mandat

Monitore sind Informationssysteme, welche der längerfristigen Beobachtung dienen. Sozialwissenschaftliches Monitoring wird betrieben, um über die Entwicklung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse und Prozesse umfassend und zuverlässig informiert zu sein.

Der Finanzmonitor, den das Forschungsinstitut gfs.bern für economiesuisse erstellt, beabsichtigt über relevante Fragen der Finanzpolitik im Quer- und Längsschnittvergleich aus der Sicht der Stimmberechtigten Auskunft zu geben.

Wie alle unsere Monitoring-Projekte verfolgt der Finanzmonitor zwei Zeitperspektiven: Die mittelfristige mit periodischen Veränderungen und die kurzfristige mit den aktuellen Themen und Ausschlägen. Letztere sind in der Regel ereignishaft, häufig aber nicht nachhaltig; Erstere haben mehr mit veränderten Umständen zu tun, meist wirtschaftlicher Natur, die sich selten linear entwickeln und meist zyklischer Natur sind.

2.2 Zielsetzung

Mit dem Finanzmonitor will man langfristig die nachstehenden Schwerpunkte untersuchen:

- die Beurteilung der eigenen Steuern und der eigenen Steuerlast,
- die generelle Beurteilung der Steuerpolitik, des Umgangs der öffentlichen Hand mit den Einnahmen, des Ausgabenverhaltens und der individuell wahrgenommenen Austauschrelation,
- die Aus- und Abbaupotentiale bei den öffentlichen Finanzen nach Bereichen generell sowie
- das Bild der finanzpolitischen Akteure.

Diese Informationen werden jährlich erhoben, gesichtet, analysiert und publiziert. Die erste Erhebung nach diesem Muster wurde im Jahr 2008 durchgeführt.

2.3 Design

Ein Monitoring auf Umfragebasis ist möglich, wenn minimal drei Bedingungen erfüllt werden:

1. die Konstanz der Fragestellungen,
2. die Konstanz der Stichprobenbildung und
3. die Konstanz der Erhebungspraxis.

Letzteres führt dazu, dass idealerweise immer dasselbe Forschungsinstitut mit der Durchführung des Monitors betreut wird. Bedingung 2 wird mit den Angaben im nachstehenden Kasten zu den technischen Eckdaten fixiert. Bedingung 1 wurde vom Kunden und dem Forschungsinstitut gemeinsam sichergestellt, wobei gfs.bern in Methodenfragen das Letztentscheidungsrecht hatte.

Die Befragung findet als persönliche, sogenannte Face-to-Face-Befragung statt. Sie hat den grossen Vorteil, dass die Interviewlänge kaum eingeschränkt ist; es

sind Umfragen bis zu 45 Minuten möglich. Der Nachteil besteht im Aufwand: Persönliche Interviews vor Ort bedingen eine grosse Reisetätigkeit, was die Befragung teurer macht, und sie benötigen auch mehr Zeit zur Durchführung. Zudem ist die Realisierung reiner At-random-Stichproben (fast) nicht möglich, sodass man in der Regel auf gemischte Zufalls-/Quotenverfahren setzt.

Die instruierten Befragerinnen und Befrager erheben die Informationen an repräsentativ ausgewählten Orten in jeder Sprachregion. Sie berücksichtigen bei der Personenauswahl Geschlecht und Alter, damit die Stichprobe ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit darstellt.

Technische Eckwerte des Finanzmonitors 2013

Grundgesamtheit:	Stimmberechtigte
Befragungsgebiet:	ganze Schweiz, dreisprachig
Erhebungsart:	Face-to-Face-Interviews (FTF)
Befragungszeitraum:	22. April – 10. Mai 2013
Stichprobenart:	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Personen (Geschlecht, Alter)
Stichprobengrösse:	1'000
Stichprobenfehler:	± 3.2 Prozentpunkte bei Verteilung von 50:50
Verwendbarkeit:	für die Publikation bestimmt

Der jeweilige statistische Fehler, streng genommen nur bei At-random-Stichproben berechenbar, kann hier nur approximativ angegeben werden. Bei ausgewiesenen Gruppengrössen beträgt er angesichts der Basisstichprobengrösse:

Tabelle 1

Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung

Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013

Die Beschränkungen der Befragung auf Stimmberechtigte erfolgt bewusst, denn der Finanzmonitor versteht sich in erster Linie als politisches Beobachtungsinstrument. Seine Bezugsgrössen sind daher die in politischen Entscheidungen massgeblichen Bürgerinnen und Bürger. Konkret bedeutet dies aber, dass wir beispielsweise keine Aussagen machen können, die sich auf alle SteuerzahlerInnen beziehen, denn diese umfassen auch AusländerInnen.

Tabelle 2

Technische Eckdaten der zurückliegenden Befragungen				
Jahr	Datenerhebung	Stichproben- grösse	Zeitraum	Stichproben- fehler
2012	FTF/Quoten- stichprobe	1'000	19.04. – 12.05. 2012	±3.2 Prozentpunkte
2011	FTF/Quoten- stichprobe	1'000	26.04. – 15.05.2011	±3.2 Prozentpunkte
2010	FTF/Quoten- stichprobe	1'006	26.04. – 16.05.2010	±3.2 Prozentpunkte
2009	FTF/Quoten- stichprobe	1'007	27.04. – 17.05.2009	±3.2 Prozentpunkte
2008	FTF/Quoten- stichprobe	1'010	28.04. – 18.05.2008	±3.1 Prozentpunkte
2007	CATI/at random	1'040	08.01. – 21.01.2007	±3.1 Prozentpunkte
2004	CATI/at random	1'000	12.01. – 23.01.2004	±3.2 Prozentpunkte
2002	CATI/at random	1'027	23.02. – 06.02.2002	±3.1 Prozentpunkte
2001	CATI/at random	1'035	24.07. – 13.08.2001	±3.1 Prozentpunkte

© gfs.bern, Finanzmonitor, Juni 2013

Das Finanzmonitoring im eigentlichen Sinne wurde 2008 begonnen. Vorarbeiten reichen aber bis ins Jahr 2001 zurück. 2008 wurde ein neues Konzept erstellt, das eine finanzpolitische Gesamtschau erlaubt.

Die vormals bevorzugten CATI-Erhebungen wurden aufgegeben, weil die Interviewlänge mehrfach anwuchs und die Interviews mittels telefonischer Befragung nicht mehr realisiert werden konnten. Das führt dazu, dass die Zeitvergleiche vor und nach 2008 mit Vorsicht zu geniessen sind. In einem konkreten Punkt werden wir auf die Konsequenz zurückkommen müssen.

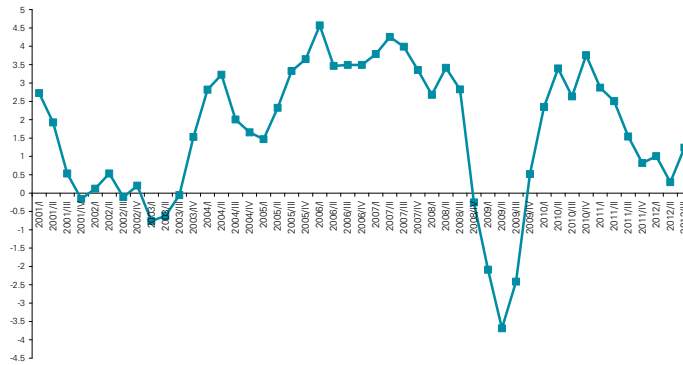
2.4 Wirtschaftliches Umfeld der aktuellen Befragung

Die wirtschaftlichen Kennzahlen aus dem letzten Jahr sind ambivalent. Die zuletzt festgestellte Verlangsamung des Wachstums hat sich 2012 abgeschwächt. Insgesamt wuchs das BIP aber weniger als in den beiden Vorjahren. Verbessert hat sich auch der vom SECO erhobene Konsumentenstimmungsindex nach den tiefen Werten im 4. Quartal 2011 resp. 1. Quartal 2012, er blieb allerdings im negativen Bereich.

Grafik 4

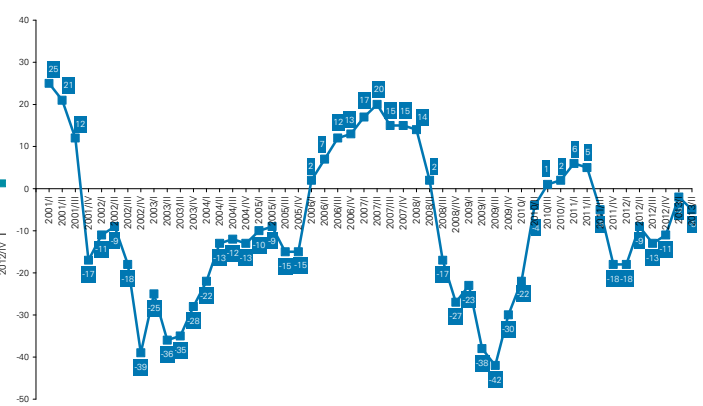
Trend BIP

Quartalsaggregate des Bruttoinlandsproduktes (Verwendungsansatz) zu Preisen des Vorjahres, Referenzjahr 2005, reale nicht additive Volumen, in Prozent gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013, Daten SECO: <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00456/00458/index.html?lang=de>

Trend Konsumentenstimmungsindex



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013, (N = jeweils ca. 1100) / Umfrage seco: <http://www.seco.admin.ch/themen/00374/00453/index.html?lang=de>

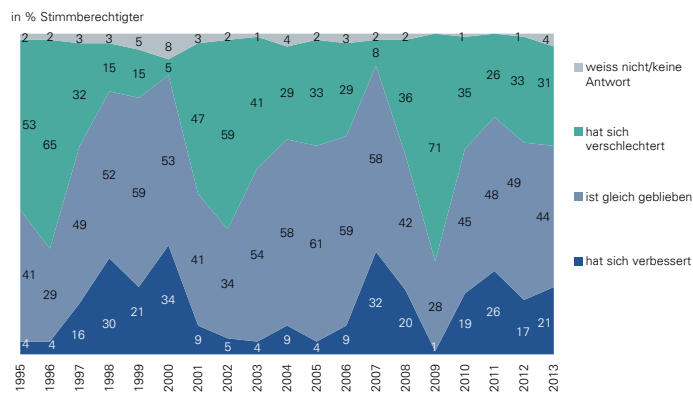
Auch die Befragten des Finanzmonitors nehmen die Situation ähnlich wahr: Im Rückblick auf die letzten zwölf Monate sieht eine relative Mehrheit (44%, -5 Prozentpunkte) eine gleichbleibende Wirtschaftslage. 21 Prozent (+4) gehen von einer Verbesserung, 31 Prozent (-2) von einer Verschlechterung aus. Eine leichte Verbesserung zeigt sich auch bei den Zukunftsaussichten: 23 Prozent (+3) gehen davon aus, dass sich die Wirtschaft in den kommenden 12 Monaten verbessern wird, ähnlich viele (25%, -1) rechnen mit dem Gegenteil. 46 Prozent gehen davon aus, dass die Wirtschaftslage in etwa gleich bleiben wird.

Bezieht man sich auf den Trend seit 2009 – seit der letzten Krisenwahrnehmung – werden die Wirtschaftsaussichten insgesamt besser, gleichzeitig aber auch polarisierter beurteilt. Seit 2010 wächst der Optimismus, aber auch der Pessimismus.

Grafik 5

Trend Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate

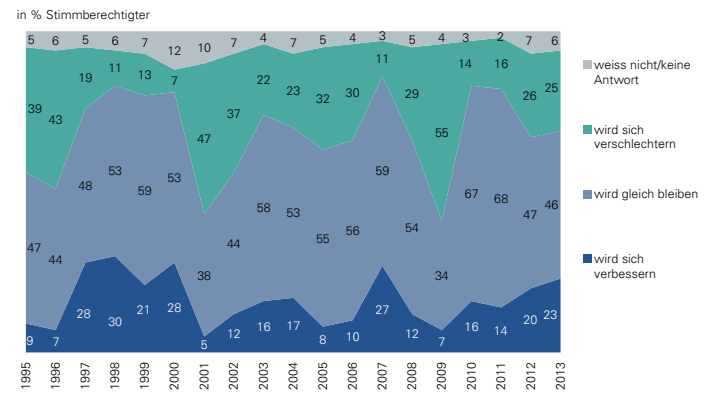
*Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die **allgemeine** Wirtschaftslage in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Trend Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate

*Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die **allgemeine** Wirtschaftslage in den kommenden 12 Monaten entwickeln?*



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Im Rückblick auf die letzten zwölf Monate unterscheiden sich die Parteianhängerschaften, Sprachregionen und Einkommensklassen nicht signifikant. In der Prognose ergeben sich nach Haushaltseinkommen keine signifikanten Abweichungen, nach Parteibindungen und Sprachregion aber schon. Am kritischsten schauen die Wählenden der SVP (16% verbessern vs. 32% verschlechtern) in die Zukunft, während jene der GPS stark polarisiert sind (40% vs. 34%). Tendenzieller Optimismus herrscht bei den Parteungebundenen (29% vs. 20%), aber auch bei den FDP-Wählenden (21% vs. 18%). Die Einkommensgruppe zwischen 5'000 und 7'000 Franken ist überdurchschnittlich optimistisch (31% vs. 22%).

2.5 Auswertungsmethoden

Die Auswertungen erfolgten in mehreren Schritten. In einem ersten Schritt wurden alle Fragen nach Randverteilungen ausgewertet und die für die Prüfung des Einflusses der Einkommensverhältnisse, der Parteibindungen und der Sprachregionen nötigen Kreuztabellierungen vorgenommen. Auftretende Unterschiede wurden mittels Signifikanztests bewertet. Anschliessend wurde nur noch mit statistisch relevanten Unterschieden weitergearbeitet.

In einem zweiten Schritt wurden die Resultate, falls vorhanden, mit den früheren Ergebnissen zu identischen Fragestellungen verglichen. Im dritten Schritt wurden die relevanten Resultate grafisch aufgearbeitet.

In der Regel begnügen wir uns mit bivariaten Zusammenhängen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen. Bei eher synthetischen Zusammenhängen haben wir aber auch multivariate Abklärungen vorgenommen (multidimensionale Skalierung, Faktorenanalyse, Regressionsanalysen).

2.6 Projektteam

Das Projektteam bestand aus den SpezialistInnen von gfs.bern zu Fragen von Finanz- und Wirtschaftspolitik; den Schlussbericht verfassten Jonas Kocher und Claude Longchamp gemeinsam.

Leitung

Claude Longchamp, Institutsleiter gfs.bern

Stellvertretung

Jonas Ph. Kocher, Projektleiter gfs.bern

Datenanalyse

Stephan Tschöpe, wissenschaftlicher Mitarbeiter gfs.bern

Grafik, Desktop

Philippe Rochat, Projektassistent gfs.bern

Carole Gauch, Projektassistentin gfs.bern

Andrea Kohli, Projektadministratorin gfs.bern

3 Befunde

3.1 Übersicht

Der Teil zu den Befunden gliedert sich wie folgt:

Kapitel 3.2

Zunächst soll auf die bestehende Schuldenbremse und eine mögliche Ausweitung auf die Sozialwerke eingegangen werden.

Kapitel 3.3

In einem zweiten Kapitel konzentrieren wir uns auf die Schulden und wie sie wahrgenommen werden.

Kapitel 3.4

Das dritte Kapitel stellt den Input (Steuern) dem Output (Leistungen) gegenüber.

Kapitel 3.5

Im Zentrum dieses Kapitels stehen die Spar- und Ausgabenbereiche.

Kapitel 3.6

Im fünften Befundkapitel soll die generelle Beurteilung der Steuerpolitik untersucht werden.

Kapitel 3.7

Die Strategien für den Staatshaushalt bilden den Inhalt dieses Kapitels.

Kapitel 3.8

Das letzte Befundkapitel beleuchtet die Glaubwürdigkeit einzelner finanzpolitischer Akteure bei den Stimmberechtigten.

Kapitel 4

Kapitel 4 schliesst in Form einer Synthese die Befunde ab.

Kapitel 5.2

Die Tabellen im Anhang geben einen raschen Überblick über statistisch signifikante Unterschiede hinsichtlich Parteisympathie, Haushaltseinkommen, Sprachregion und Siedlungsart.

3.2 Schuldenbremse

Die Schuldenbremse ist ein Erfolgsprodukt und wird auch zunehmend so wahrgenommen:

Grafik 6

Ansichten zur Schuldenbremse

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

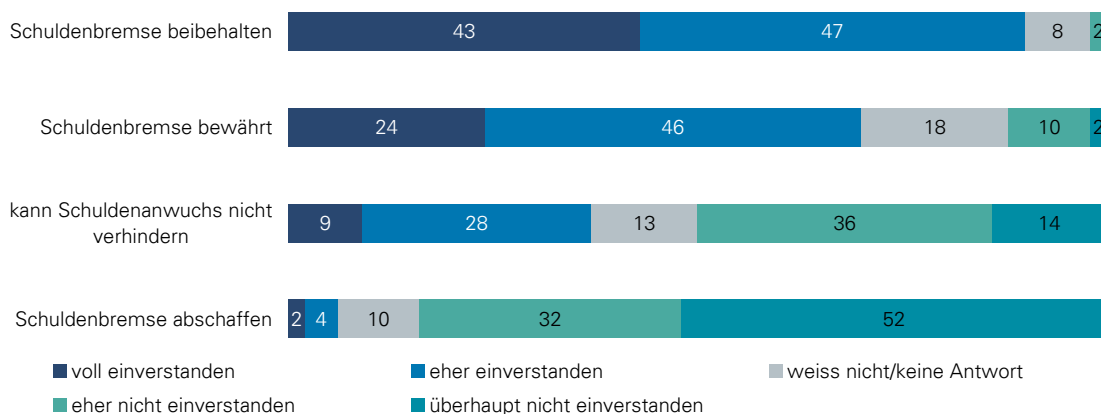
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

70 Prozent (+7 Prozentpunkte gegenüber 2012) sind voll oder eher der Ansicht, dass sich die Schuldenbremse bewährt hat. Die pessimistische Sichtweise, dass trotz Schuldenbremse das Schuldenwachstum nicht gestoppt werden könne, ist auf ein Rekordtief von 37 Prozent (-9) gesunken; 2010 waren noch rund zwei Drittel der Befragten skeptisch. Infolge dieser Einschätzung ergibt sich ein überdeutliches Bild für den Verbleib der Schuldenbremse: Mit 90 Prozent (+7) ist der Wunsch, die Schuldenbremse beizubehalten, fast flächendeckend, abschaffen wollen sie nur marginale 6 Prozent (+2).

Trend Ansichten zur Schuldenbremse

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

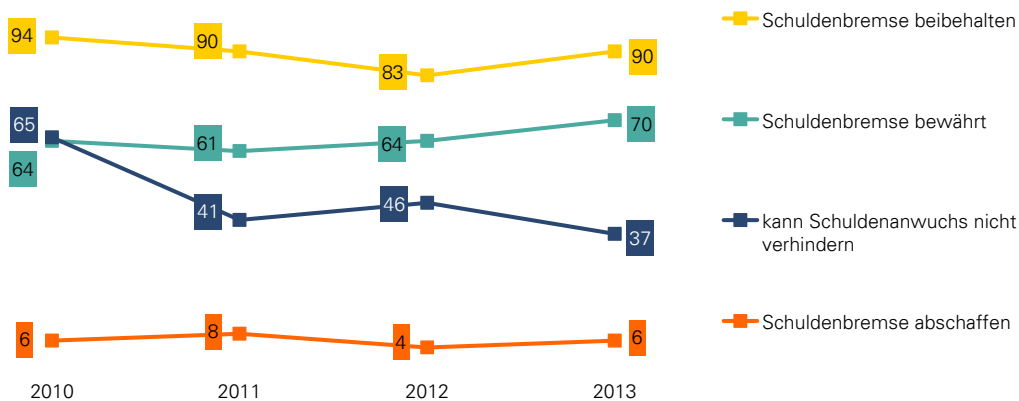
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Die Einstellung zur Schuldenbremse zieht sich durch alle Parteienhängerschaften, Sprachregionen und Einkommensschichten: In allen Parteien will man grossmehrheitlich die Schuldenbremse beibehalten und hält sie für bewährt. Bei den Parteiungebundenen ist der Wert wie im Vorjahr etwas tiefer, allerdings aufgrund eines grösseren Nicht-Wissens. Für fast alle befragten GPS-Wählenden gilt die Schuldenbremse als bewährt; trotzdem beobachten wir hier mit 13 Prozent den grössten (wenn auch immer noch klar marginalen) Anteil, der die Schuldenbremse abschaffen möchte. In allen Parteien wird anerkannt, dass die Schuldenbremse eine Neuverschuldung verhindern kann. Im Vorjahr herrschten vor allem auf linker Seite noch mehrheitlich Zweifel.

Ansichten zur Schuldenbremse nach Partei

"Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

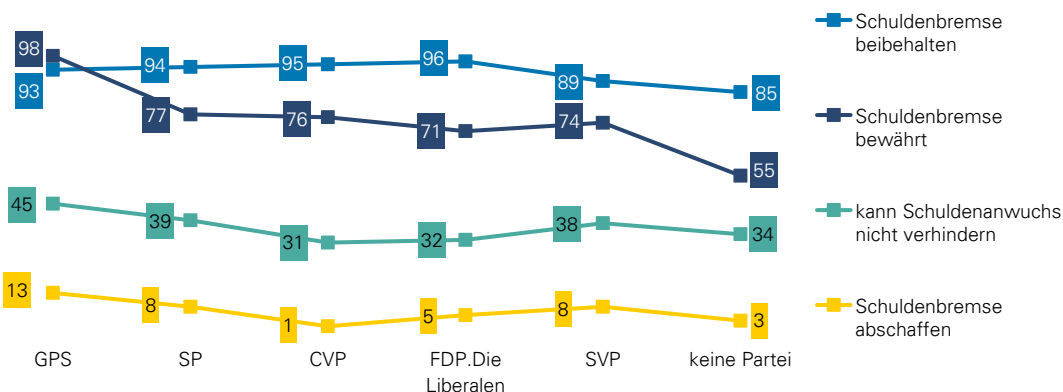
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Alle Landesteile sind sich mehrheitlich einig, dass sich die Schuldenbremse bewährt hat. Im Vergleich zu 2012 sind weniger Befragte der Meinung, dass die Schuldenbremse einen Schuldenanwuchs nicht verhindern kann. Die Beibehaltung der Schuldenbremse wird gerade in der italienisch- und der deutschsprachigen Schweiz auf hohem Niveau noch stärker befürwortet als im Vorjahr.

Grafik 9

Ansichten zur Schuldenbremse nach Sprachregion

Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

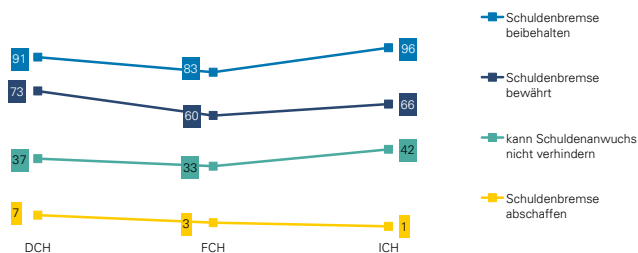
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Ansichten zur Schuldenbremse nach Haushaltseinkommen

Auf Bundesebene existiert seit 2003 eine Schuldenbremse. Seither müssen sich die Ausgaben und Einnahmen des Bundes langfristig die Waage halten, kurzfristig sind Schwankungen erlaubt. Damit sollen neue Schulden verhindert werden. Zur Schuldenbremse kann man immer wieder verschiedene Ansichten hören. Ich lese Ihnen nun in der Folge einige solche Ansichten vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie mit der Ansicht voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

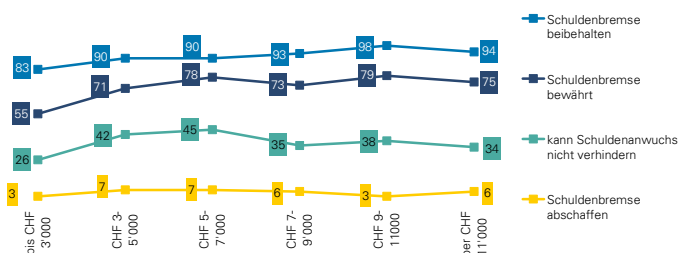
Schuldenbremse beibehalten "Die Schuldenbremse soll beibehalten werden."

Schuldenbremse bewährt "Die Schuldenbremse hat sich bewährt."

kann Schuldenanwuchs nicht verhindern "Die Schuldenbremse kann das Anwachsen der Schulden beim Bund nicht verhindern."

Schuldenbremse abschaffen "Die Schuldenbremse soll abgeschafft werden."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Auch entlang der Einkommensklassen herrscht weitgehend Einigkeit: Eine Abschaffung kommt nicht in Frage. Als bewährt wird die Schuldenbremse eher bei den mittleren bis höheren Einkommen angesehen. Skeptisch, ob sie ihre Aufgabe auch erfüllen kann, ist eine gewichtige Minderheit bei den Einkommensgruppen zwischen 3'000 und 7'000 Schweizer Franken.

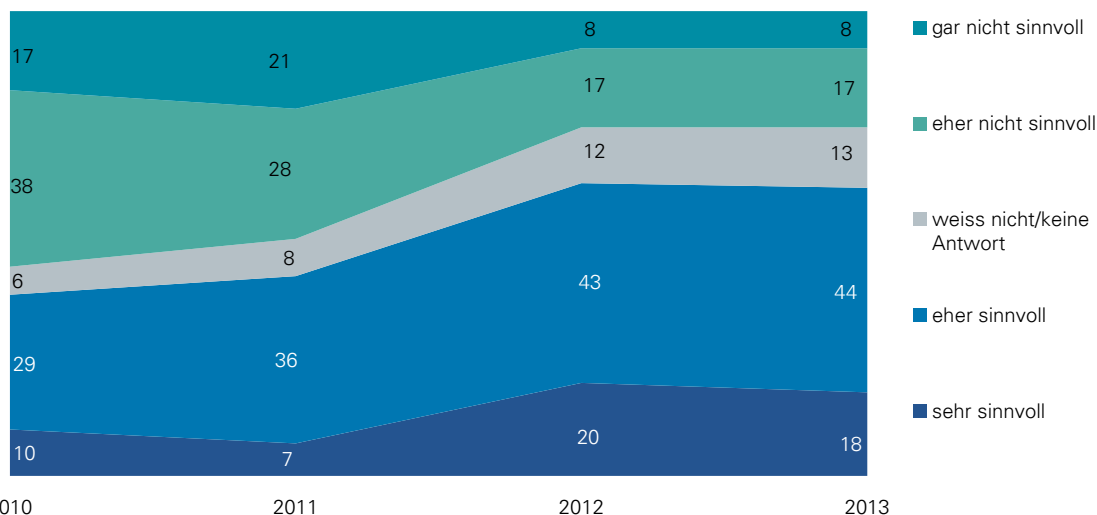
Nach 2012 ist die Zustimmung zu einer Schuldenbremse in der Sozialpolitik zum zweiten Mal mehrheitsfähig:

Grafik 10

Trend Schuldenbremse für Sozialversicherungen

"Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

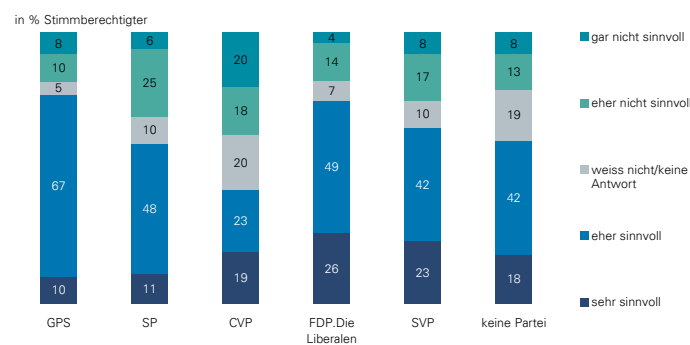
62 Prozent (-1) halten eine Schuldenbremse für Sozialversicherungen für sehr oder eher sinnvoll; 25 Prozent (±0) sind gegenteiliger Ansicht. Das letztjährige Resultat war somit kein einmaliger Ausreisser und konnte sich festigen.

Natürgemäß gehen die Meinungen zwischen den Parteilagern auseinander. Für eine Schuldenbremse bei den Sozialwerken sprechen sich die Wählerschaften der GPS (77% sehr oder eher sinnvoll vs. 18% eher oder gar nicht sinnvoll) und der FDP (75% vs. 14%) am stärksten aus; am schwächsten jene der CVP (42% vs. 38%). Dazwischen liegt diejenige der SP (59% vs. 31%), aber auch der SVP (65% vs. 25%), beide jedoch mit Zustimmungsmehrheiten.

Grafik 11

Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Partei

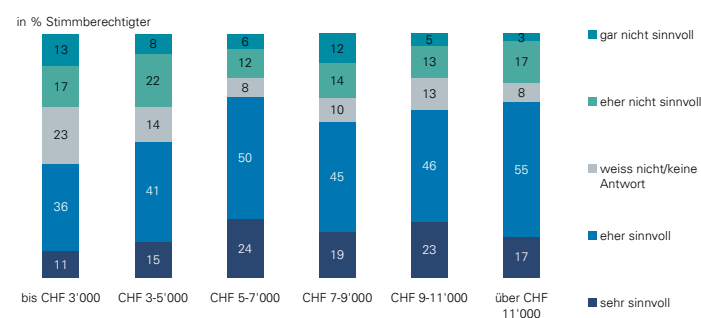
Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Schuldenbremse für Sozialversicherungen nach Haushaltseinkommen

Für die öffentlichen Sozialversicherungen wie AHV und IV gibt es bisher kein vergleichbares Instrument, das eine Verschuldung verhindern würde. Was ist Ihre persönliche Ansicht: Wäre eine Schuldenbremse sinnvoll, die auch eine Verschuldung bei den öffentlichen Sozialversicherungen verhindert? Sagen Sie mir bitte, ob Sie ein solches Instrument für sehr sinnvoll erachten, eher sinnvoll erachten, eher nicht sinnvoll erachten oder gar nicht sinnvoll erachten?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Signifikant sind die Unterschiede auch entlang des Haushaltseinkommens. Bei einem mittleren Einkommen von CHF 5'000 bis 7'000 ist die Zustimmung zu einer Schuldenbremse für Sozialversicherungen am höchsten. Bei einem solchen von unter CHF 3'000/Monat gibt es keine gesicherte Zustimmung, insbesondere wegen des höheren Anteils Unschlüssiger.

3.2.1 Zwischenbilanz

Die Schuldenbremse ist ein Erfolgsprodukt und wird auch zunehmend so wahrgenommen. Mit 90 Prozent ist der Wunsch, die allgemeine Schuldenbremse beizubehalten, fast flächendeckend.

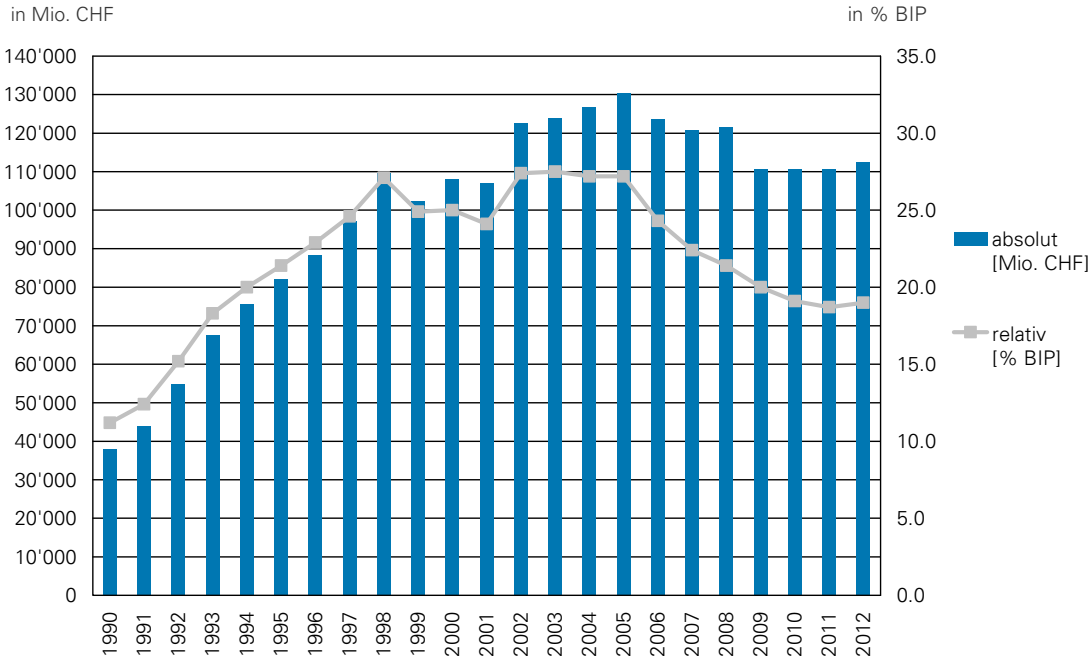
Weil sie so breit akzeptiert ist, halten auch 62 Prozent der Befragten eine Ausweitung der Schuldenbremse auf die Sozialversicherungen für sehr oder eher sinnvoll; 25 Prozent sind gegenteiliger Ansicht. Damit bestätigt sich das letztjährige Resultat.

3.3 Bundesschulden

Seit der Anwendung der Schuldenbremse 2003 stiegen die Schulden des Bundes in absoluten Zahlen bis 2005 nur noch leicht. Danach sind sie deutlich gesunken. 2012 stiegen die Schulden gegenüber dem Vorjahr absolut, und erstmals seit zehn Jahren auch wieder relativ zum BIP, leicht an. Die Staatsschuldenquote liegt damit im internationalen Vergleich auf einem tiefen bis mittleren Niveau (ca. 19% nur Bundesschulden, ca. 36% alle Staatsebenen ohne Sozialversicherungen, abhängig von der Berechnungsgrundlage).

Grafik 12

Trend Schulden des Bundes (brutto)



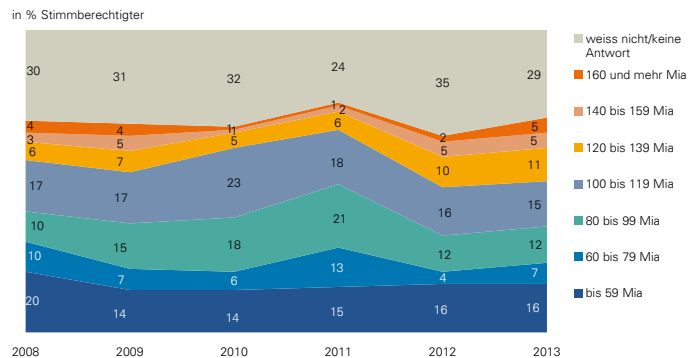
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013, Quelle Staatsrechnung. Bericht zur Bundesrechnung. Eidg. Finanzverwaltung.

Fragt man die Stimmberechtigten direkt danach, so unterschätzen sie die Höhe der Bundesschulden meist: 35 Prozent (+3) veranschlagen die Bundesschulden auf weniger als 100 Milliarden Schweizer Franken. 21 Prozent (+4) gehen von mehr als 120 Milliarden aus. 15 Prozent (-1) nennen Zahlen zwischen 100 und 119 Milliarden, welche den 112 Milliarden, die von der Eidgenössischen Finanzverwaltung berechnet wurden, am nächsten kommen. Mit 29 Prozent schrumpft der Anteil derjenigen, die keine Schätzung wagen (-6). Dass das Wissen über die Bundesschulden leicht zugenommen zu haben scheint, zeigt sich auch am Mittelwert aller Schätzungen (ohne "weiss nicht/keine Antwort"), der mit 96.6 Milliarden zwar wie in den letzten Jahren zu tief ist, aber der Realität näher kommt als in den Jahren 2008 bis 2012.

Grafik 13

Trend Einschätzung Bundesschulden

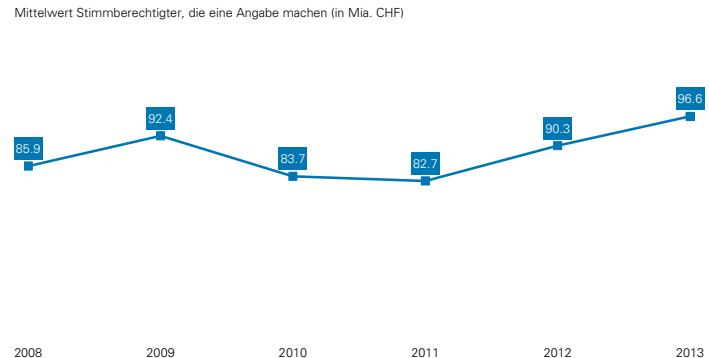
"Wissen Sie, wie gross die Schulden sind, welche die Eidgenossenschaft, also der Bund, aber ohne die Kantone, Ende [des Vorjahres] hatte? Machen Sie mir bitte eine möglichst genaue Schätzung in Milliarden Franken. Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie mir das ruhig."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Trend Einschätzung Bundesschulden – Mittelwert

"Wissen Sie, wie gross die Schulden sind, welche die Eidgenossenschaft, also der Bund, aber ohne die Kantone, Ende [des Vorjahres] hatte? Machen Sie mir bitte eine möglichst genaue Schätzung in Milliarden Franken. Wenn Sie es nicht wissen, sagen Sie mir das ruhig."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Unterschätzt werden die Schulden vor allem in der französischsprachigen Schweiz (Durchschnitt 61.5 Mrd.), aber auch bei den tiefsten Einkommen (77.3 Mrd.). Im Schnitt überschätzt werden sie von den höchsten Einkommen (128.2 Mrd.) und den Anhängerinnen der CVP (125.9 Mrd.).

Der Schuldenabbau wird zunehmend auch von der Bevölkerung wahrgenommen: 30 Prozent der Befragten (+6) gehen von tieferen Bundesschulden in den

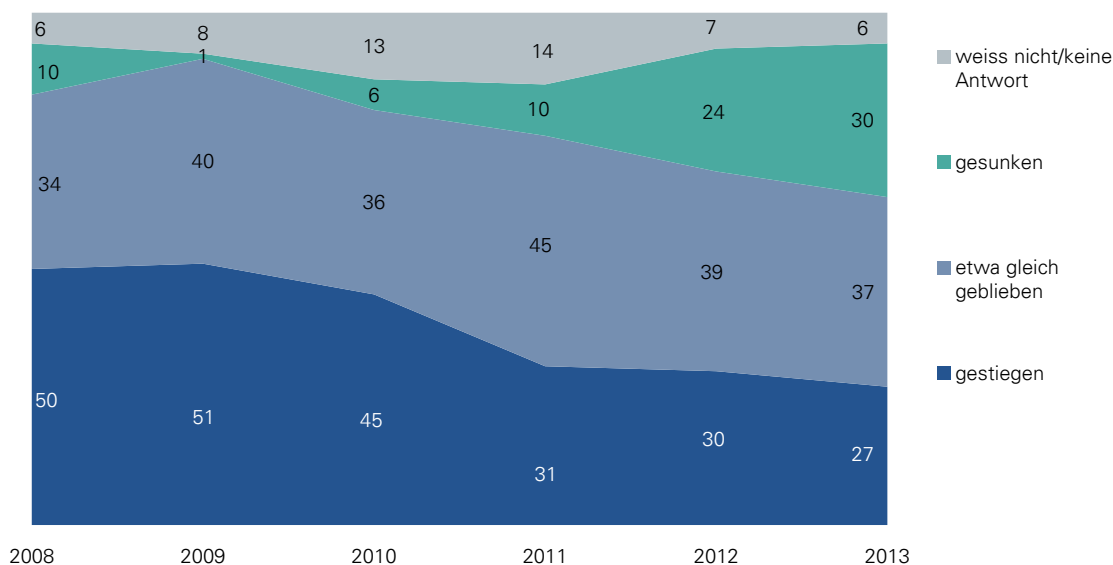
letzten fünf Jahren aus – im Vergleich zu 2011 ist das eine Zunahme von 20 Prozentpunkten. 37 Prozent der Befragten (-2) vermutet einen in etwa gleich hohen Schuldenstand. Nur noch 27 Prozent der Befragten (-3) gehen fälschlicherweise von einer Schuldenzunahme aus – 17 Prozentpunkte weniger als noch 2010. Damit vermuten erstmals mehr Personen tiefere anstatt höhere Schulden.

Grafik 14

Trend Beurteilung Entwicklung Bundesschulden

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

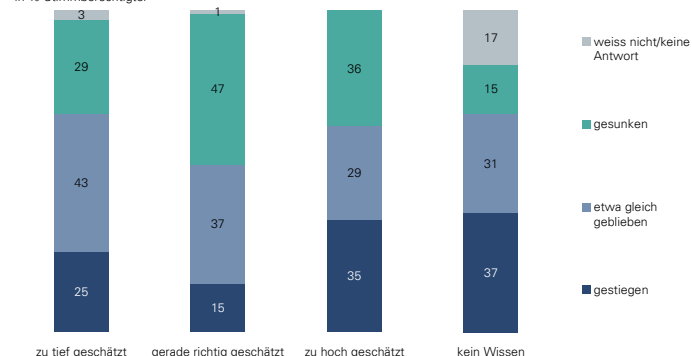
Wer die Höhe der Bundesschulden richtig einschätzt, weiss auch vermehrt, dass der Stand in den letzten fünf Jahren gesunken ist. Am besten sind diesbezüglich die Wählenden der GPS (53%) und der FDP.Die Liberalen (40%) informiert.

Grafik 15

Beurteilung Entwicklung Bundesschulden nach Wissen

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter

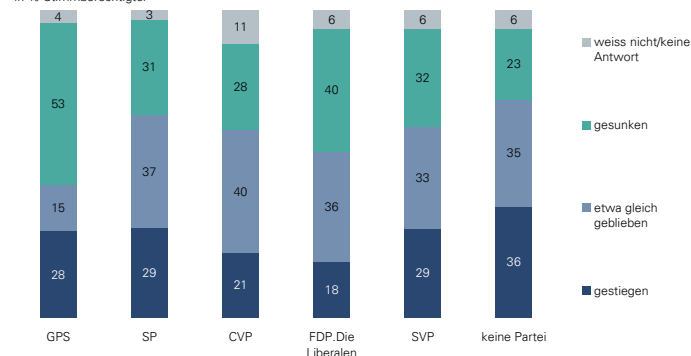


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Beurteilung Entwicklung Bundesschulden nach Partei

"Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?"

in % Stimmberechtigter



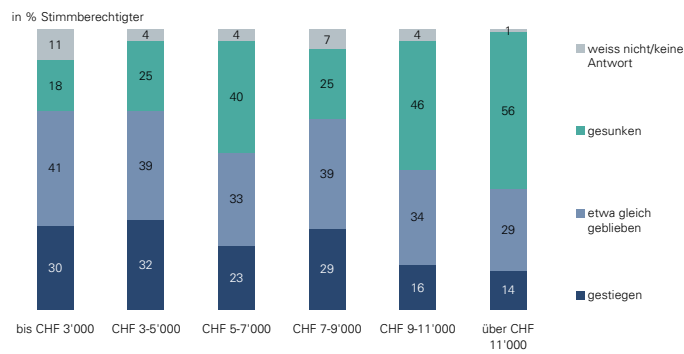
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Ebenfalls überdurchschnittlich bis mehrheitlich gehen die hohen und höchsten Einkommensklassen von einer Schuldenreduktion aus. In der italienischen Schweiz geht die Mehrheit von einem gleichbleibenden Schuldenstand aus.

Grafik 16

Beurteilung Entwicklung Bundesschulden nach Haushaltseinkommen

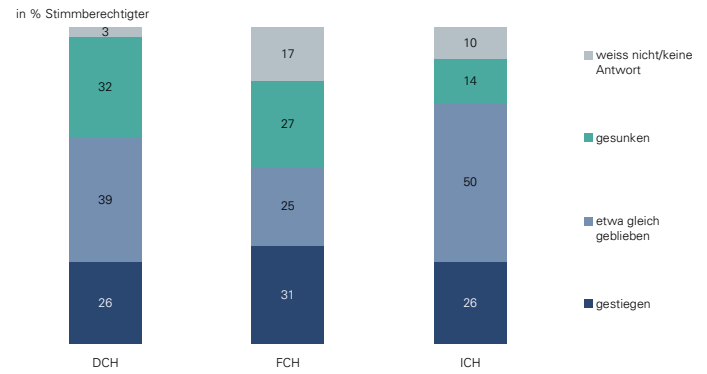
Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Beurteilung Entwicklung Bundesschulden nach Sprachregion

Aufgrund von dem, was Sie wissen, sind die Schulden des Bundes in den letzten 5 Jahren total gestiegen, etwa gleich geblieben oder gesunken?



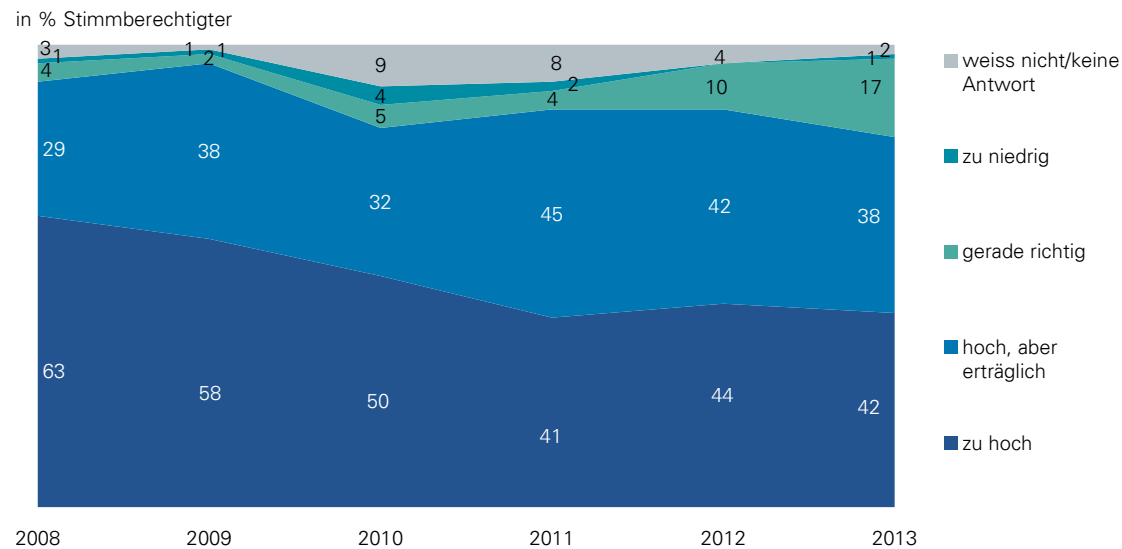
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Im Schnitt wird die Verschuldung des Bundes als hoch, aber erträglich beurteilt.

Grafik 17

Trend Beurteilung Höhe Bundesschulden

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?*"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Text wurde 2011 angepasst. Vorher: "Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren etwa gleich geblieben. Sie betragen aktuell rund 117 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"

Für 42 Prozent (-2) der Stimmberechtigten ist die Verschuldung zu hoch, für 1 Prozent (+1) zu niedrig und für 17 Prozent gerade richtig (+7). 38 Prozent (-4) der Befragten beklagen zwar die Höhe der Schulden, halten sie aber für tragbar. Im Zeitvergleich geht die kritische Beurteilung leicht zurück.

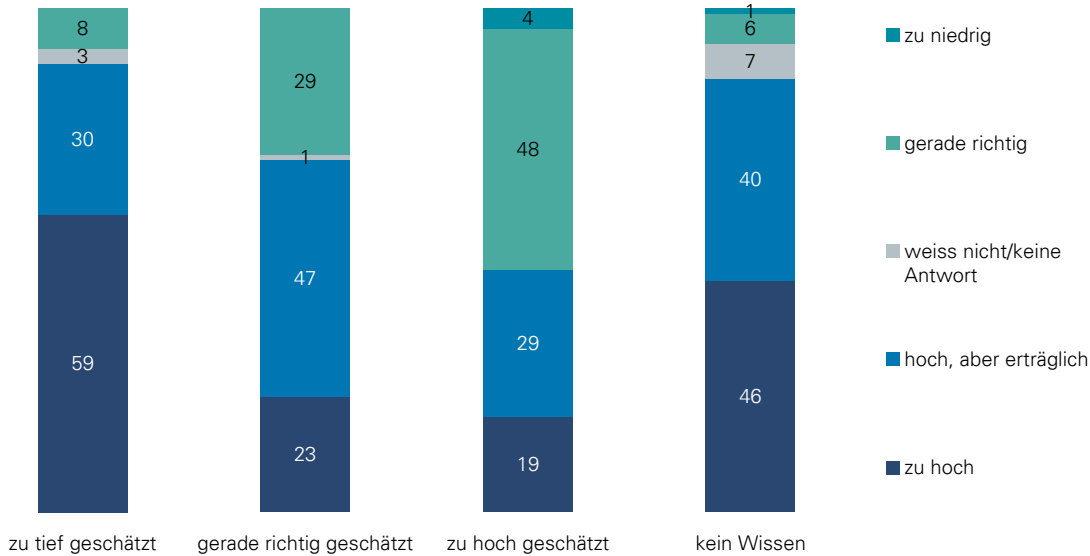
Wer ein korrektes Wissen hat, macht zurückhaltendere Beurteilungen, als der Durchschnitt der Befragten. Wer die Verschuldung zu tief einschätzt, beurteilt sie bei der Richtigstellung als eher zu hoch. Das spricht dafür, dass ein verbessertes Wissen um die Bundesverschuldung das Verdikt wenigstens mittelfristig mindern würde. Wer fälschlicherweise von einem höheren Schuldenberg ausgegangen ist, reagiert bei der Richtigstellung überdurchschnittlich häufig mit "gerade richtig".

Grafik 18

Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Wissen

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

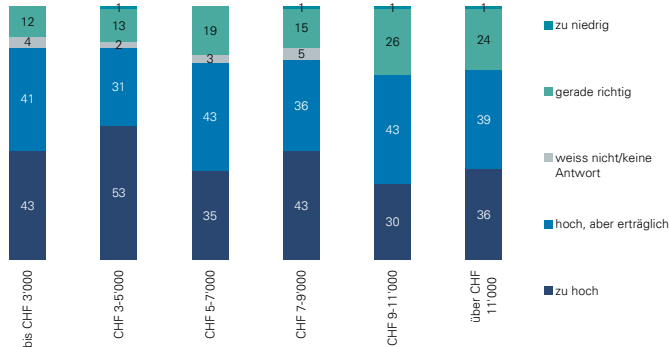
Auch 2013 werden die Schulden in der französischsprachigen Schweiz überdurchschnittlich als zu hoch taxiert. Ebenfalls als zu hoch gelten die Schulden bei Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen zwischen 3'000 und 5'000 Franken. Entlang der Parteigrenzen finden sich keine signifikanten Abweichungen.

Grafik 19

Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Haushaltseinkommen

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"

in % Stimmberechtigter

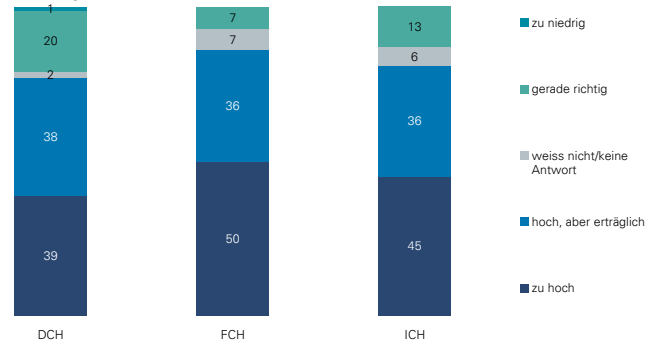


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Beurteilung Höhe Bundesschulden nach Sprachregion

"Tatsächlich sind die Schulden in den letzten 5 Jahren gesunken. Trotzdem betragen sie aktuell immer noch rund 110 Milliarden Schweizer Franken. Sind diese Schulden Ihrer Meinung nach zu hoch, hoch, aber erträglich, gerade richtig oder zu niedrig?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

3.3.1 Zwischenbilanz

Fragt man die Stimmberechtigten direkt nach den Bundesschulden, so unterschätzen 35 Prozent ihre Höhe. 21 Prozent überschätzen sie. 15 Prozent der Befragten liegen mit 100 bis 119 Milliarden nahe am tatsächlichen Wert von 112 Milliarden. Im Durchschnitt wird der Schuldenberg auf 96.6 Milliarden Franken geschätzt.

Erstmals nahmen mehr Befragte einen Schuldenrückgang als ein Schuldenwachstum wahr. Die grösste Gruppe geht davon aus, dass der Schuldenstand in etwa gleich geblieben ist. Für 42 Prozent ist er immer noch zu hoch. 38 Pro-

zent der Befragten beklagen zwar die Höhe der Schulden, halten sie aber für tragbar.

3.4 Vergleich von Leistungen und Abgaben

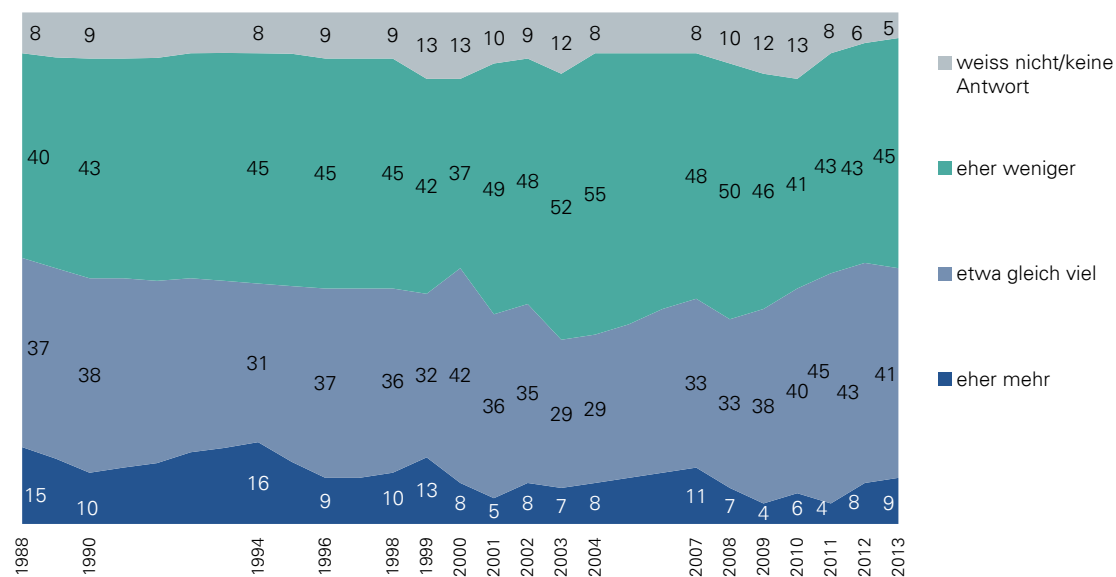
Nach wie vor haben die Befragten den Eindruck, gegenüber dem Staat eine negative Austauschbilanz zu haben. 45 Prozent (+2) der Befragten geben an, selber mehr zu bezahlen als zu erhalten. Bei gerade 9 Prozent (+1) wird dies umgekehrt bilanziert. Für 41 Prozent ist das Verhältnis ausgeglichen.

Grafik 20

Trend Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter



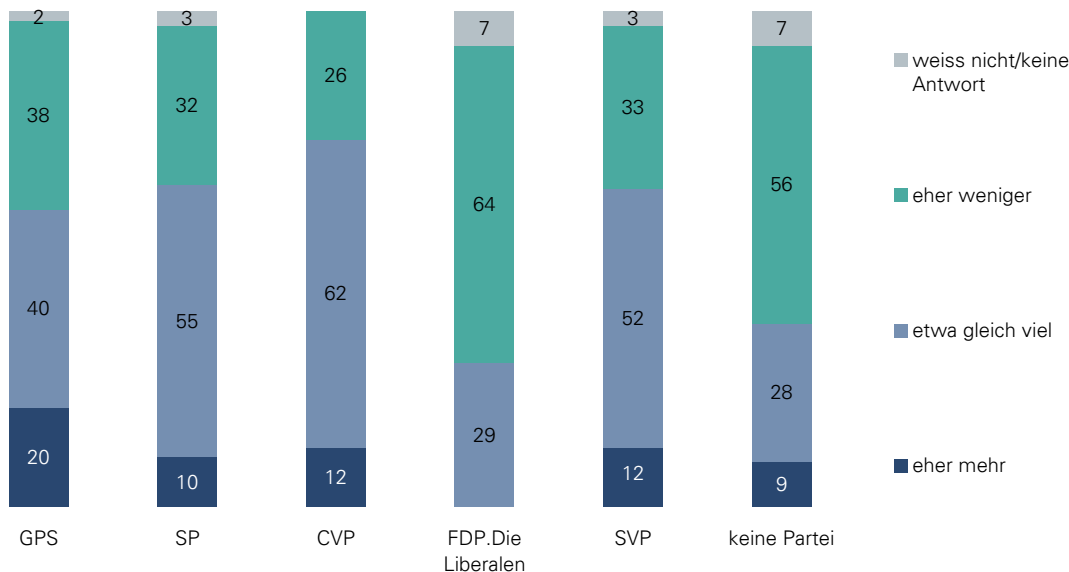
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Besonders negativ zu ihren Gunsten erachtet die Wählerschaft der FDP. Die Liberalen das Austauschverhältnis mit dem Staat (64% eher weniger). Auch unter den Parteiunabhängigen glaubt eine absolute Mehrheit, netto mehr zu bezahlen als zu erhalten. Bei den anderen Parteianhängerschaften sieht eine (relative) Mehrheit ein Gleichgewicht zwischen Leistungen und Abgaben.

Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben nach Partei

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter



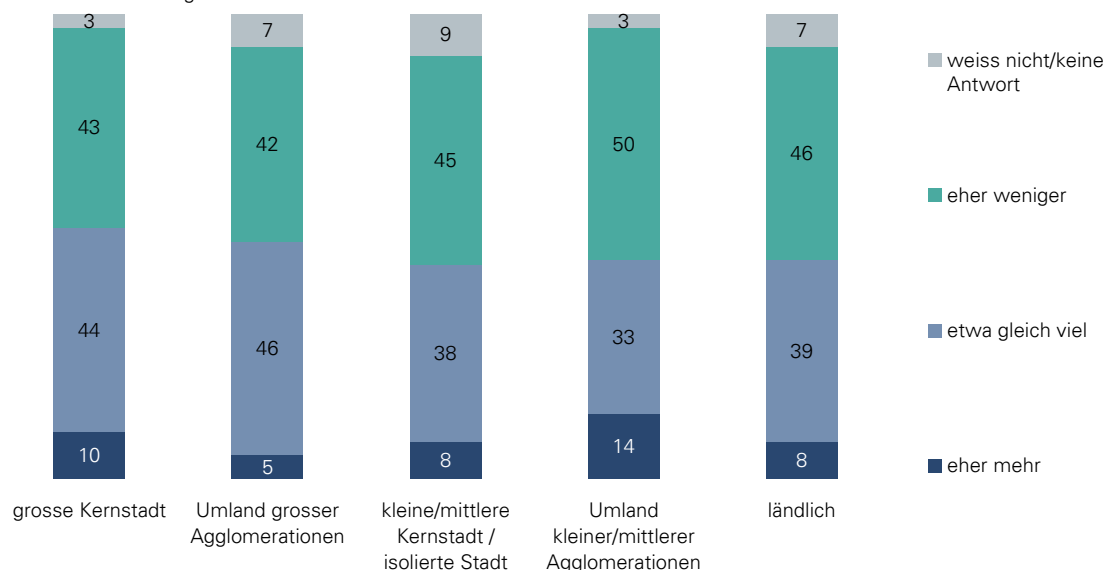
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Die Sprachregion unterscheiden sich wie im Vorjahr nicht voneinander. Regionale Unterschiede sind dennoch zu finden und zwar entlang der Siedlungsart: Im Umland von kleinen und mittleren Agglomerationen wird überdurchschnittlich ein Missverhältnis konstatiert, und zwar in beide Richtungen. Eine absolute Mehrheit ist hier der Meinung, zu wenig zurückzuerhalten. Genauso ist aber der Anteil derjenigen erhöht, die eher mehr von Staat erhalten als abgeben.

Verhältnis staatliche Leistungen/Steuerabgaben nach Siedlungsart

"Alles in allem, bekommen Sie selber vom Staat eher mehr, etwa gleich viel oder eher weniger an Leistungen, als Sie durch Ihre eigenen Steuern und Abgaben bezahlen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

58 Prozent (-2) beklagen, die Behörden hätten die Ausgaben nicht im Griff. Dieser Wert liegt im Schnitt der letzten fünf Jahre. Ihren Höhepunkt hatte die Aus-

gabenkritik im Jahre 2004, damals kritisierten 63 Prozent die Behörden. 50 Prozent (+5) sind der Meinung, es würden wichtige Aufgaben vernachlässigt. In den Jahren 2008 bis 2010 wurde dieser Punkt besonders stark beklagt.

Grafik 23

Trend Aussagen zu Behörden

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Überproportional beklagt wird das staatliche Ausgabenverhalten in den Wählerschaften von FDP, Die Liberalen, der SVP und bei den Parteiungebundenen. Am moderatesten fällt diese Beurteilung bei der Basis der CVP aus. Leicht anders sieht es aus, wenn man sich auf die Aufgabenerfüllung bezieht. Da ist die Kritik an den Polen am stärksten – sprich, bei der Wählerschaft der GPS und der SVP sowie auch hier bei den Parteiungebundenen.

Grafik 24

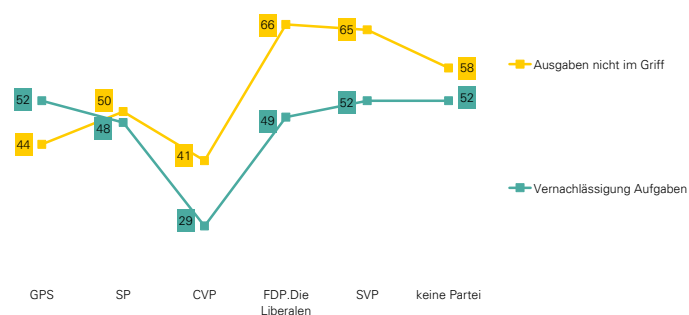
Aussagen zu Behörden nach Partei

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

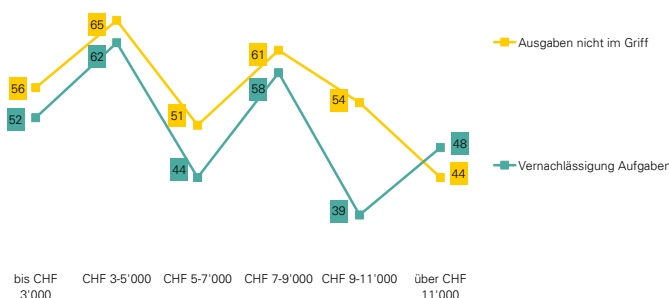
Aussagen zu Behörden nach Haushaltseinkommen

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

2013 finden sich wieder unterschiedliche Einstellungen zum Behördenhandeln entlang des Haushaltseinkommens: Die kritischste Beurteilung kommt aus den unteren Mittelschichten. Hier fällt auf, dass beide Indikatoren nach oben ausschlagen, also die Ausgaben als auch die Aufgabenerfüllung kritisiert werden. Ebenfalls hohe Werte sind bei Einkommen zwischen CHF 7'000 und 9'000 zu verzeichnen. Am wenigsten Kritik hinsichtlich einer potentiellen Aufgabenvernachlässigung wird von Personen mit Einkommen zwischen 9'000 und 11'000

Franken geäussert, hinsichtlich der Ausgaben bei Einkommen ab 11'000 Franken.

Regional betrachtet ist die Ausgabenkritik vermehrt in der italienisch-sprachigen Schweiz, in ländlichen Gemeinden und in den rot-grün dominierten grossen Kernstädten (Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern) zu finden. Eine Aufgabenvernachlässigung wird überdurchschnittlich in genannten Kernstädten vermutet. Am wenigsten Probleme mit den Aufgaben und Ausgaben sieht man in den kleinen und mittleren Kernstädten.

Grafik 25

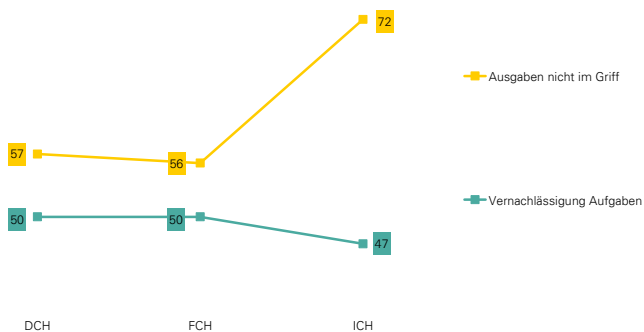
Aussagen zu Behörden nach Sprachregion

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

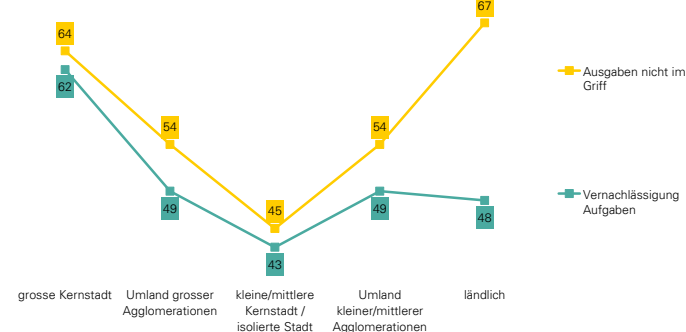
Aussagen zu Behörden nach Siedlungsart

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

Ausgaben nicht im Griff "Die Behörden haben die öffentlichen Ausgaben ganz allgemein nicht im Griff."

Vernachlässigung Aufgaben "Die Behörden vernachlässigen wichtige Aufgaben des Staates."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

3.4.1 Zwischenbilanz

Nach wie vor haben die Befragten den Eindruck, gegenüber dem Staat eine negative Austauschbilanz zu haben. 45 Prozent der Befragten geben an, selber mehr zu bezahlen als zu erhalten. Für 41 Prozent ist das Verhältnis ausgeglichen.

58 Prozent beklagen, die Behörden hätten die Ausgaben nicht im Griff. Dieser Wert liegt im Schnitt der letzten fünf Jahre. 50 Prozent der Befragten sind aber der Meinung, es würden wichtige Aufgaben vernachlässigt. In den Jahren 2008 bis 2010 wurde dieser Punkt besonders stark beklagt.

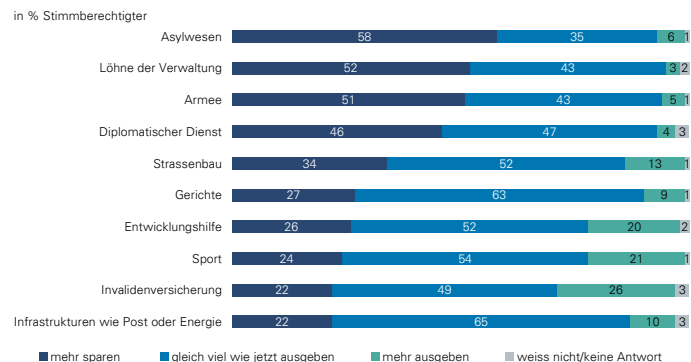
3.5 Staatsaufgaben

Im Zeitverlauf relativ stabil gibt es aus BürgerInnensicht drei mehrheitlich akzeptierte SpARBereiche. Es handelt sich um das Asylwesen (58% mehr sparen, -3%), die Löhne der Verwaltung (52%, ±0%) und die Armee (51%, -4%). Seit Beginn der Erhebung befinden sich jeweils diese drei Bereiche in den Top 3. Konstant dahinter folgt der diplomatische Dienst, dem 46 Prozent (±0) weniger Geld zugestehen würden – 47 Prozent würden gleich viel wie jetzt ausgeben (+1). Bei allen anderen Ausgabenbereichen ausser der Bildung ist eine Mehrheit mit der heutigen Ausgabenhöhe zufrieden.

Grafik 26

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (1) (mehr sparen)

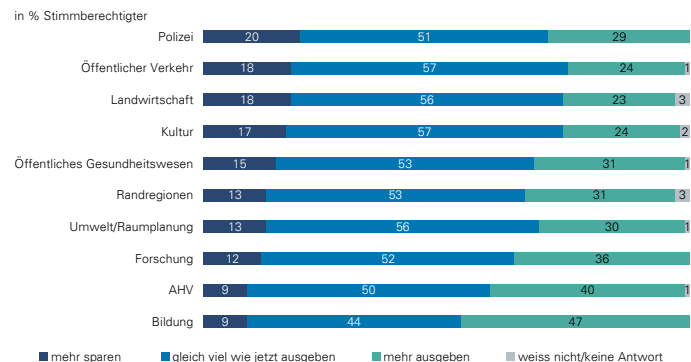
"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Beurteilung öffentlicher Aufgaben (2) (mehr sparen)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

In drei Bereichen tendiert die Bevölkerung zum Sparen, nämlich beim Strassenbau (34% mehr sparen vs. 13% mehr ausgeben), bei den Gerichten (27% vs. 9%) und bei der Infrastruktur (22% vs. 10%). Gegenüber 2012 ist der Sparwille bei den Gerichten leicht zurückgegangen (-4), während der Strassenbau umstrittener ist – sowohl mehr sparen als auch mehr ausgeben sind um vier Prozentpunkte gewachsen.

Bei einer Vielzahl von Leistungen gleichen sich die Befürwortenden von mehr oder weniger Ausgaben aus, so dass nur ein leichtes Plus für mehr Sparen (Entwicklungshilfe und Sport) respektive mehr Ausgaben (IV, Landwirtschaft, ÖV, Kultur und Polizei) resultiert. Im Vorjahresvergleich möchten 4 Prozent der Befragten weniger beim Sport sparen, 6 Prozent mehr bei der Polizei und 4 Prozent mehr bei der IV ausgeben. Dafür ist die Neigung zu Mehrausgaben beim öffentlichen Verkehr um 5 Prozentpunkte zurückgegangen.

Eher zu Mehrausgaben tendiert die Bevölkerung in den Bereichen des öffentlichen Gesundheitswesens (15% vs. 31%), Umwelt und Raumplanung (13% vs. 30%) sowie den Randregionen (13% vs. 31%). Gerade für die Randregionen sind die Befragten wieder bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen (+8), während beim Gesundheitswesen der Sparwille zugenommen hat (+5). Ebenfalls mehr sparen (+5) und weniger ausgeben (-5) möchten die Stimmberechtigten bei Umwelt und Raumplanung. Einen deutlicheren Überhang für Mehrausgaben gibt es im Forschungsbereich (12% vs. 36%) und bei der AHV (9% vs. 40%).

Am stärksten für Mehrausgaben sind die Befragten bei der Bildung, wo eine relative Mehrheit von 47 Prozent (-4) mehr ausgeben möchte. Ausser 2008 war der Bildungsbereich immer der bevorzugte Bereich der Schweizerinnen und Schweizer, wenn es um Mehrausgaben ging.

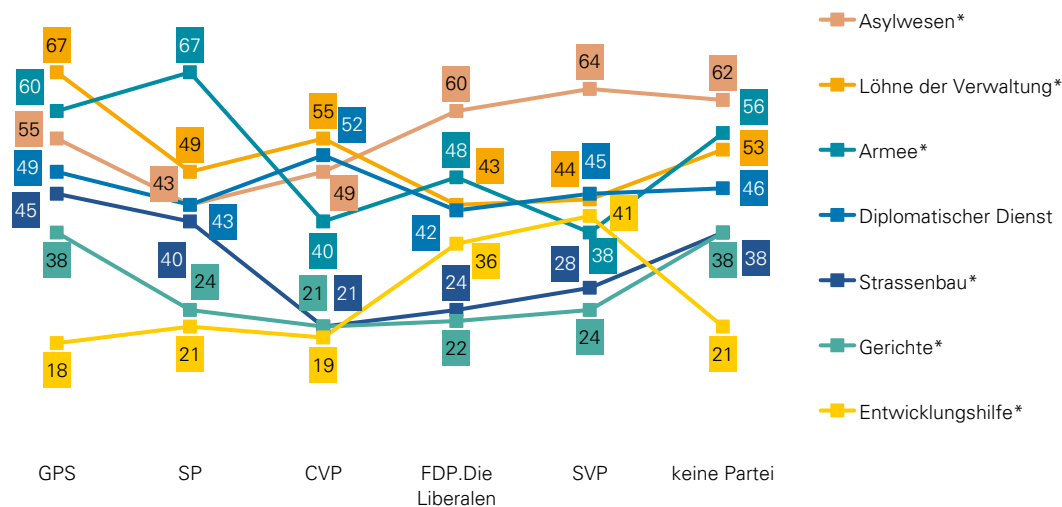
Die Parteiwählerschaften gewichten die Bereiche unterschiedlich: SVP-Wählende wollen in ihrer Mehrheit nur beim Asylwesen sparen, überdurchschnittlich oft auch bei der Entwicklungshilfe. Mehrheitlich wollen auch die Parteungebundenen, die Basis der FDP. Die Liberalen und neu auch jene der GPS im Asylwesen sparen. Bei der SP gilt die Armee als zentraler Sparbereich, welchem auch von einer Mehrheit in der GPS und der Parteungebundenen die Mittel gekürzt würden. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien sind bei SP, GPS und Parteungebundenen Sparübungen im Strassenbau und bei der Polizei überdurchschnittlich beliebt. Allerdings bleibt es bei einer Minderheit. Bei der CVP würde man den Rotstift mehrheitlich bei der Verwaltung ansetzen, und zwar bei den Löhnen allgemein und in der Diplomatie im Besonderen. Auch die Wählerschaft der GPS und die Parteungebundenen kritisieren die BeamtInnen-Löhne mehrheitlich. Überdurchschnittlich oft möchten die GPS-Wählenden und die Parteungebundenen bei den Gerichten kürzen.

Grafik 27

Beurteilung öffentlicher Aufgaben nach Parteien (mehr sparen, Auswahl)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), *Unterschiede statistisch signifikant

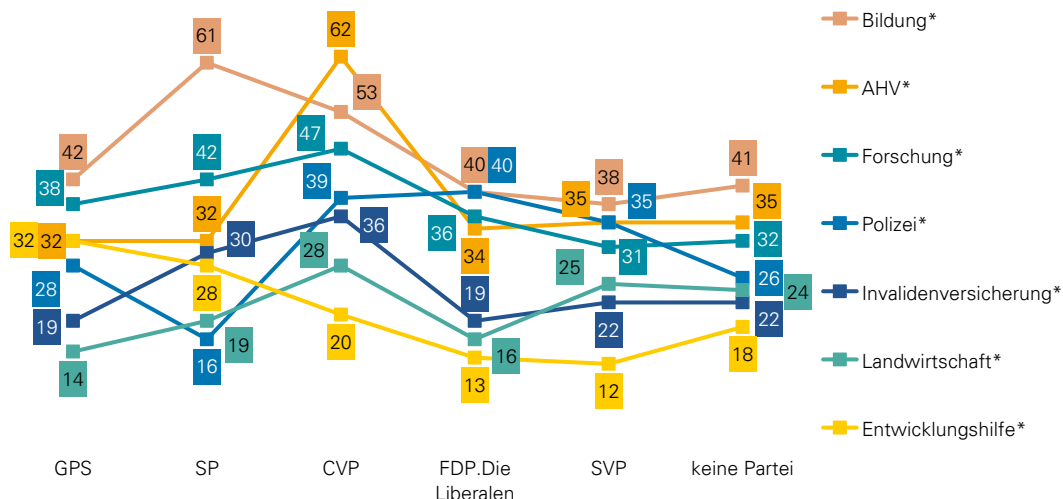
In absoluter Mehrheit findet sich der Wunsch nach mehr Mitteln für die Bildung bei der SP und der CVP – 2012 stimmten dem auch die Wählenden der GPS, FDP.Die Liberalen und die Parteiungebundenen mit über 50 Prozent zu. Eine absolute Mehrheit der CVP wünscht sich bei der AHV Mehrausgaben, überdurchschnittlich auch in den Bereichen Forschung, Polizei, IV und Landwirtschaft. Hinsichtlich Mehrausgaben für die Polizei stimmen die Wählerschaften der anderen bürgerlichen Parteien in ähnlichem Masse zu, bei der Invalidenversicherung jene der SP und bei der Landwirtschaft jene der SVP und die Parteiungebundenen. Mehrausgaben bei der Entwicklungshilfe sind dagegen im rot-grünen Spektrum überdurchschnittlich beliebt.

Grafik 28

Beurteilung öffentlicher Aufgaben nach Parteien (mehr ausgeben, Auswahl)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), *Unterschiede statistisch signifikant

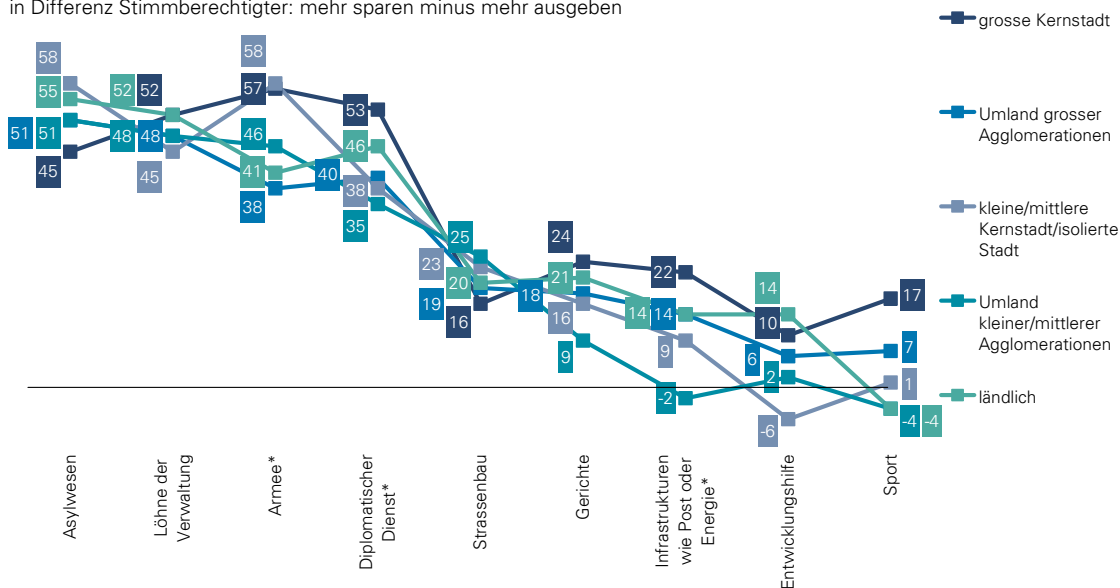
2013 wird erstmals die Beurteilung öffentlicher Aufgaben auch vertieft nach Siedlungsart untersucht:

Grafik 29

Beurteilung öffentlicher Aufgaben nach Siedlungsart (1)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in Differenz Stimmberechtigter: mehr sparen minus mehr ausgeben



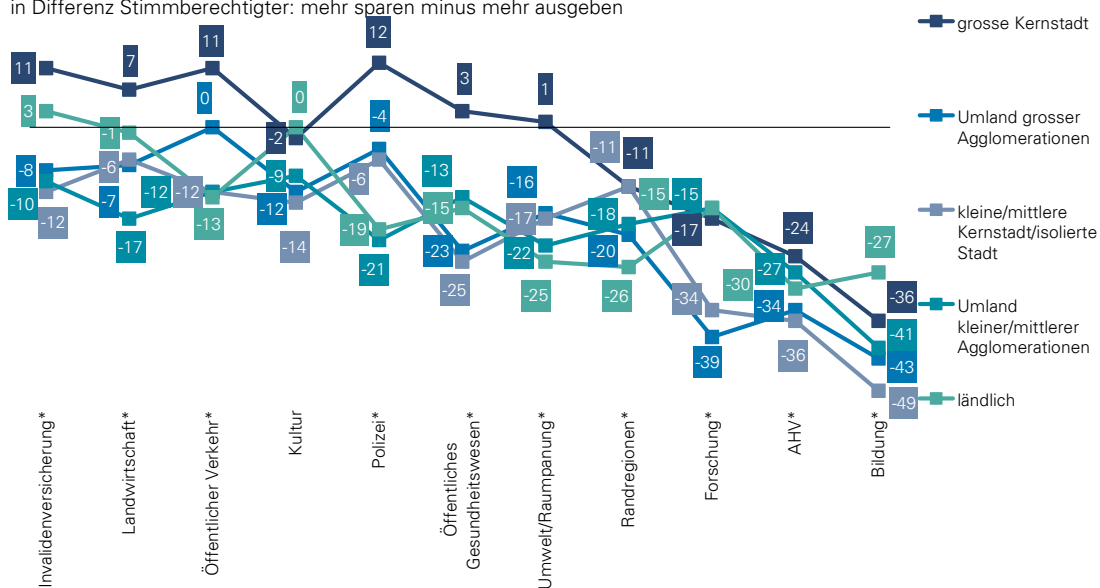
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000), *Unterschiede statistisch signifikant

Zunächst fällt auf, dass die Stimmberechtigten aus den grossen Kernstädten im Mittel eine grössere Sparneigung haben, als die BewohnerInnen der anderen Regionen. Anders als das eigene Umland möchten die grossen Kernstädte ebenso wie die kleinen und mittleren Kernstädte bei der Armee sparen, interessanterweise auch beim diplomatischen Dienst. Mehr Sparen ist für die GrossstädterInnen auch im Bereich Infrastruktur – der in diesen Regionen sicher am besten ausgebaut ist – nicht ausgeschlossen, anders als im Umland der kleinen und mittleren Agglomerationen. Derselbe Effekt zeigt sich beim ÖV, der Polizei und dem Gesundheitswesen, wo in den grossen Kernstädten meist ein besseres Angebot und deshalb auch Sparpotenzial besteht. In der Landwirtschaft sprechen sich vor allem die UmländerInnen der kleinen und mittleren Agglomerationen, bei der Raumplanung und den Randregionen jene aus dem ländlichen Raum für mehr Geld aus. Das Umland der grossen Agglomerationen würde überdurchschnittlich gerne mehr Investitionen in die Forschung sehen, die kleinen und mittleren Kernstädte in die AHV und die Bildung.

Beurteilung öffentlicher Aufgaben nach Siedlungsart (2)

"Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, wo der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben würden oder ob Sie mehr ausgeben würden."

in Differenz Stimmberechtigter: mehr sparen minus mehr ausgeben



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000), *Unterschiede statistisch signifikant

3.5.1 Zwischenbilanz

Die mehrheitlich akzeptierten Sparbereiche sind über die Jahre relativ stabil geblieben. So wollen die meisten Befragten beim Asylwesen, den Löhnen der Verwaltung und bei der Armee sparen. Dahinter folgt der diplomatische Dienst. Bei allen anderen Ausgabenbereichen ist eine Mehrheit mit der heutigen Ausgabenhöhe zufrieden. In drei weiteren Bereichen tendiert die Bevölkerung zum Sparen, nämlich beim Strassenbau, bei den Gerichten und bei der Infrastruktur. Ein leichtes Plus für mehr Sparen resultiert bei der Entwicklungshilfe und beim Sport, ein leichtes Plus für mehr Ausgaben bei der IV, der Landwirtschaft, dem öffentlichen Verkehr, der Kultur und der Polizei. Eher zu Mehrausgaben tendiert die Bevölkerung in den Bereichen öffentliches Gesundheitswesen, Umwelt und Raumplanung sowie den Randregionen, deutlicher im Forschungsbereich und bei der AHV. Am stärksten für Mehrausgaben sind die Befragten bei der Bildung – seit 2009 der bevorzugte Bereich der Schweizerinnen und Schweizer, wenn es um Mehrausgaben geht.

Die Parteiwählerschaften machen unterschiedliche Gewichtungen: SVP- und FDP. Die Liberalen-Wählende wollen in ihrer Mehrheit beim Asylwesen sparen. Bei der SP und der GPS gilt die Armee als zentraler Sparbereich. Bei der CVP würde man den Rotstift mehrheitlich bei der Verwaltung ansetzen und zwar bei den Löhnen allgemein und in der Diplomatie im Besonderen. Auch die Wählerschaft der GPS kritisiert die BeamInnen-Löhne mehrheitlich.

3.6 Einstellungen zur Steuerpolitik

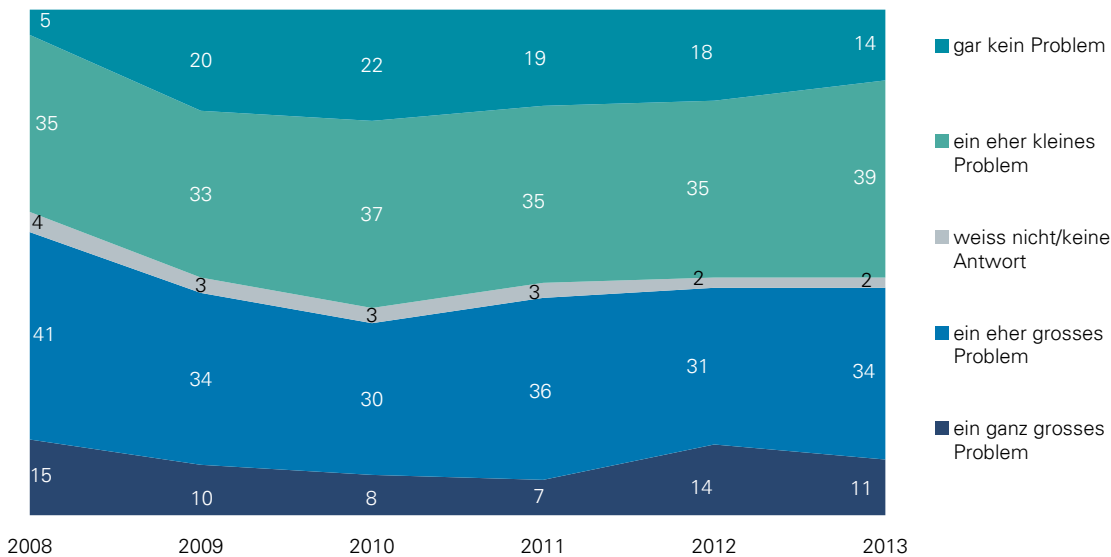
45 Prozent (± 0) der repräsentativ ausgewählten Befragten bekunden, die selbst erfahrene Belastung durch Steuern sei ein ganz grosses oder eher grosses Problem. Nach einem mehrjährigen Sinken bildete das Jahr 2010 die Wende, seither steigen die kritischen Werte langsam aber kontinuierlich wieder an.

Grafik 31

Trend Belastung durch Steuern

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter



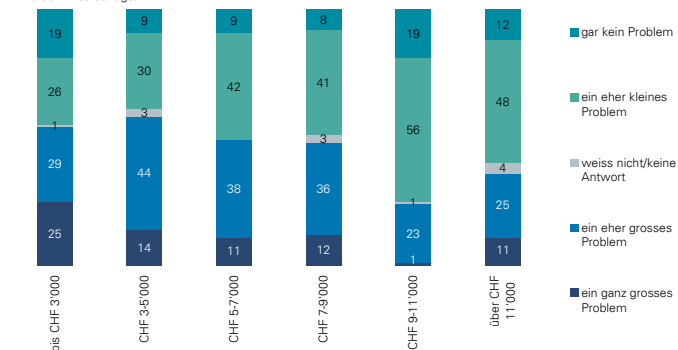
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Grafik 32

Belastung durch Steuern nach Haushaltseinkommen

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter

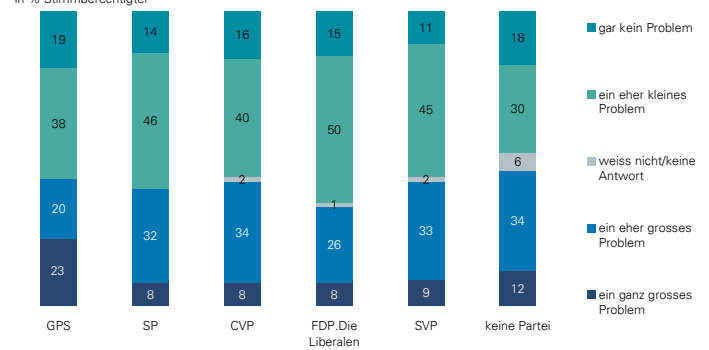


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Belastung durch Steuern nach Partei

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

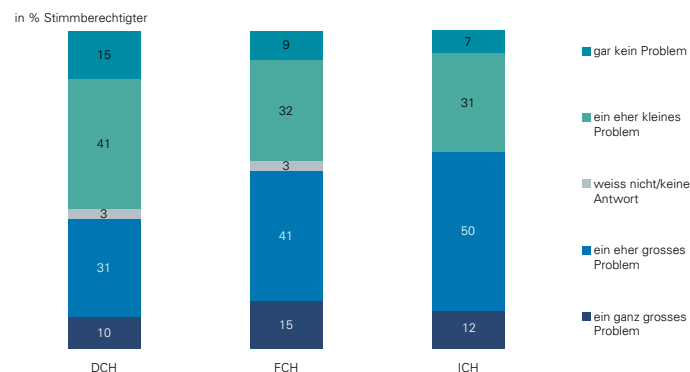
Das Ausmass der Klagen hängt von den Einkommensverhältnissen ab. Am verbreitetsten sind sie wie schon in den Jahren zuvor eher in den unteren bis mittleren Einkommensschichten. Die Härtefälle sind vor allem in Haushalten mit weniger als 3'000 Franken Einkommen pro Monat zu finden. Bei Haushalten zwischen 3'000 und 5'000 Franken Einkommen scheinen die Belastungen durch Steuerabgaben in der Selbstdeklaration weniger schwer zu wiegen als in den tiefsten Einkommensschichten. Am geringsten ist die selbst wahrgenommene Belastung bei der Einkommensgruppe zwischen 9'000 und 11'000 Franken vor. In der Gruppe darüber, wo die Steuerprogression stärker zum Tragen kommt, werden mehr Probleme bekundet. Am unproblematischsten für ihr

Haushaltsbudget schätzen die Wählenden der FDP. Die Liberalen ihre Steuerbelastung ein, am problematischsten die Parteungebundenen.

Grafik 33

Belastung durch Steuern nach Sprachregion

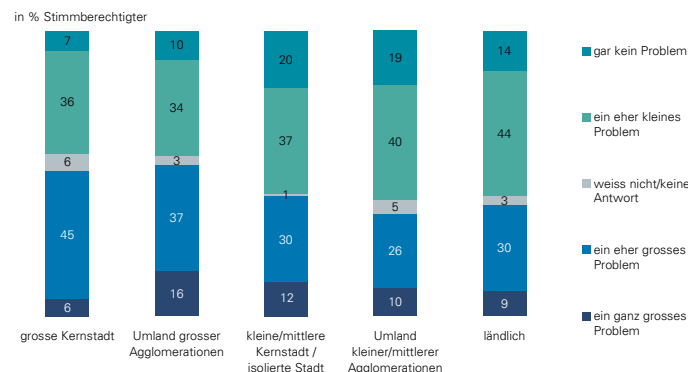
"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Belastung durch Steuern nach Siedlungsart

"Sind Ihre Steuerabgaben an Bund, Kantone und Gemeinden für Ihr Haushaltsbudget ein ganz grosses Problem, ein eher grosses Problem, ein eher kleines Problem oder gar kein Problem?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

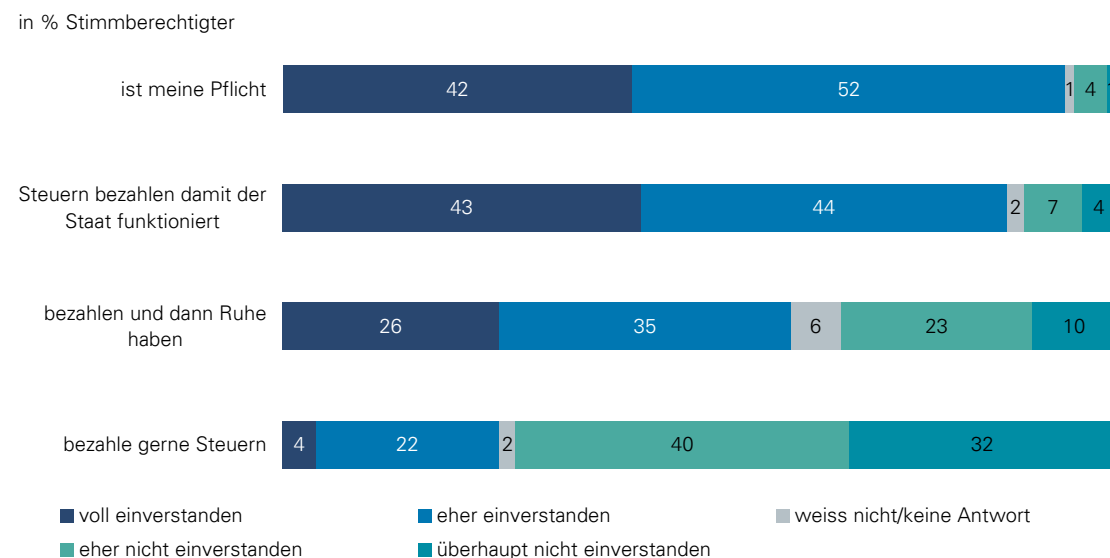
Das Ganze wird zudem durch die Sprachregionen gebrochen. Besonders hoch ist die Kritik – wie in den Vorjahren – in den lateinisch geprägten Landesteilen. In grossen Agglomerationen (in den Kernstädten und im Umland) bekunden die Befragten mehr Mühe bei der Begleichung der Steuerrechnung als in kleinen und mittleren Agglomerationen oder auf dem Land.

Grafik 34

Aussagen zu Steuern

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

- ist meine Pflicht** "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."
- Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert** "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."
- bezahlen und dann Ruhe haben** "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."
- bezahle gerne Steuern** "Ich bezahle gerne Steuern."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Kaum verändert hat sich die Grundeinstellung zu Steuern: Fast alle betrachten die Steuern als Pflicht (94% voll oder eher einverstanden, +1) und bezahlen sie, damit der Staat funktioniert (87%, -2). Gerne entrichtet aber nur rund ein Viertel der Befragten (26%, -1) den Obolus. Mit leichten Schwankungen lässt sich dieses Muster seit Beginn der Befragungsreihe feststellen. Mehr Bewegung besteht bei der Frage, ob man vom Staat in Ruhe gelassen werden will, nachdem man seine Steuern gezahlt hat (61%, +3). 2010 waren fast neun von zehn Stimmberechtigten dieser Meinung, seither sind die Werte erodiert, aber immer noch mehrheitlich.

Trend Aussagen zu Steuern

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

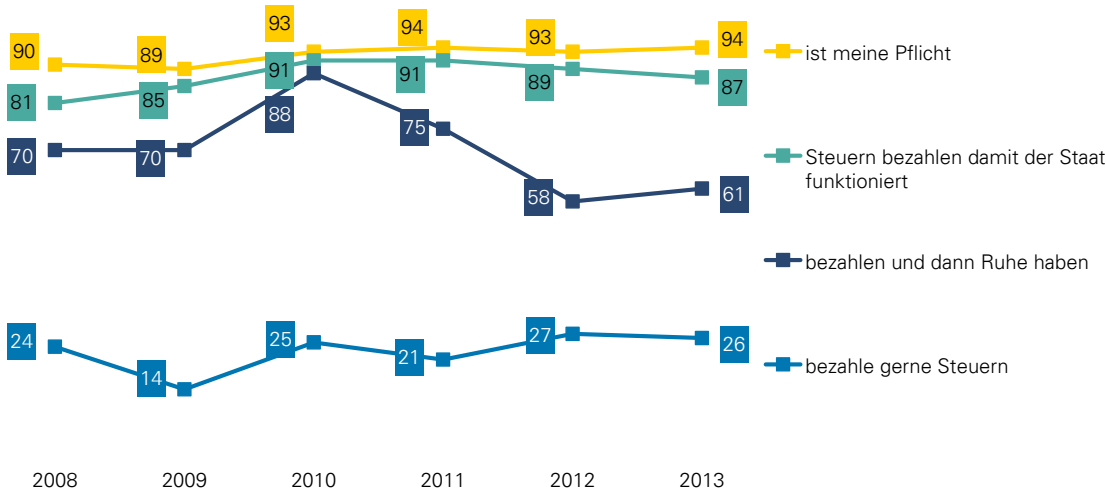
ist meine Pflicht "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."

Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

bezahlen und dann Ruhe haben "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."

bezahle gerne Steuern "Ich bezahle gerne Steuern."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Wie schon in den Vorjahren zahlen die französisch-sprachigen Befragten im Gegensatz zur übrigen Schweiz lieber Steuern, möchten danach aber vom Staat in Frieden gelassen werden. Am liebsten (aber klar minderheitlich) bezahlen die tiefsten und die höchsten Einkommen ihre Steuern.

Am wenigsten gern bezahlen die Parteungebundenen, aber auch die AnhängerInnen der FDP. Die Liberalen und der GPS ihre Steuern. Bei der CVP bezahlt anders als im Vorjahr eine absolute Mehrheit die Steuern gerne.

Grafik 36

Aussagen zu Steuern nach Partei

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

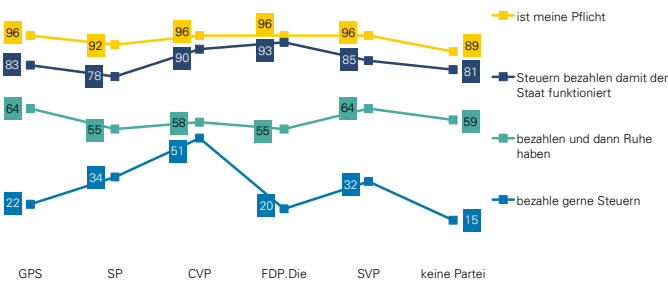
ist meine Pflicht "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."

bezahlen und dann Ruhe haben "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."

Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

bezahle gerne Steuern "Ich bezahle gerne Steuern."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Aussagen zu Steuern nach Siedlungsart

"Wenn jemand folgendes sagt, sind Sie dann voll, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden?"

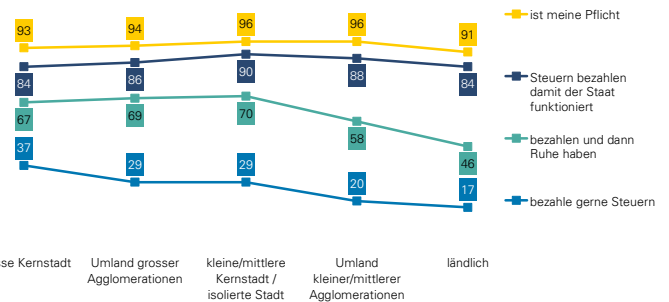
ist meine Pflicht "Ich bezahle meine Steuern, weil es meine Pflicht ist."

Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert "Ich bezahle Steuern, damit der Staat funktionieren kann."

bezahlen und dann Ruhe haben "Ich bezahle die Steuern, will dann aber Ruhe haben vom Staat."

bezahle gerne Steuern "Ich bezahle gerne Steuern."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Interessant ist auch, dass in den Kernstädten, wo die Befragten die grösseren Probleme beim begleichen der Steuerrechnung angeben, ihre Steuern lieber bezahlen als auf dem Land. In den Städten und im Umfeld der grossen Städte möchte man auch eher vom Staat in Ruhe gelassen werden, nicht so auf dem Land.

3.6.1 Zwischenbilanz

Unverändert zum Vorjahr taxieren 45 Prozent die selbst erfahrene Belastung durch Steuern als ein ganz grosses oder eher grosses Problem. Nachdem die Zustimmung zu dieser Frage jahrelang gesunken ist, steigen die kritischen Werte seit 2010 langsam aber kontinuierlich wieder an. Das Ausmass der Klagen hängt von den Einkommensverhältnissen ab. In tieferen Einkommensklassen sind kritische Stimmen verbreiteter als in höheren. Das Ganze wird zudem durch die Aufteilung nach Sprachregionen akzentuiert. In den lateinisch geprägten Landesteilen ist die Kritik besonders hoch.

Kaum verändert hat sich die Grundeinstellung zu den Steuern: Fast alle betrachten die Steuern als Pflicht und bezahlen sie, damit der Staat funktioniert. Nur rund ein Viertel der Befragten entrichtet den Obolus aber gerne. 2010 waren fast neun von zehn Stimmberechtigten der Meinung, dass sie vom Staat in Ruhe gelassen werden wollen, nachdem sie ihre Steuern bezahlt haben. Seither sind die Werte auf rund sechzig Prozent gesunken.

3.7 Strategien für den Staatshaushalt

Differenziert man nach den fünf hauptsächlich Strategien in der Finanzpolitik, dominiert die Optimierung der Aufgabenerfüllung unverändert.

Grafik 37

Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

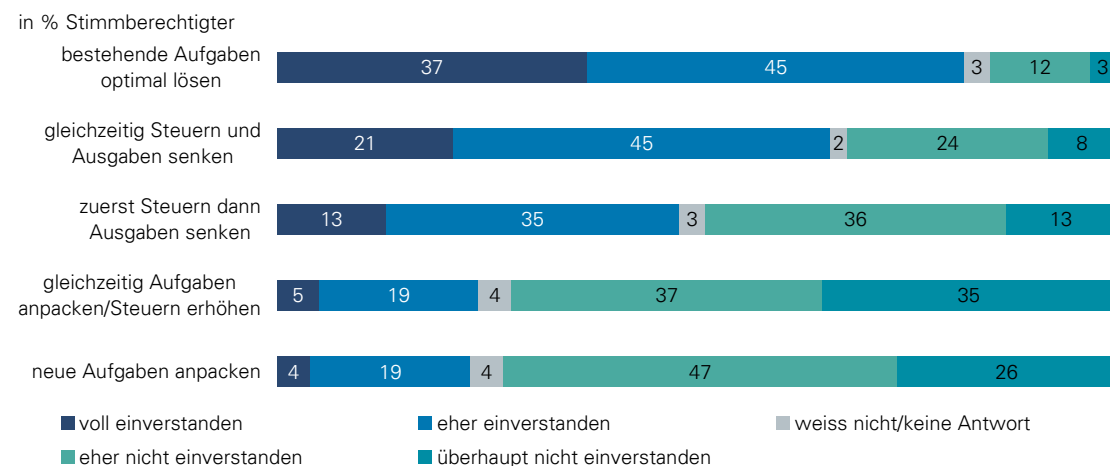
bestehende Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."

gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."

zuerst Steuern dann Ausgaben senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."

gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

82 Prozent sind sehr oder eher einverstanden damit, dass man bestehende Aufgaben ohne neue Einnahmequellen optimal lösen solle. Längerfristig ist der Trend in dieser Frage, abgesehen von einem einmaligen Einbruch, stabil bei rund 80 Prozent. Die optimale Aufgabenerfüllung mit den bestehenden Ressourcen ist und bleibt der finanzstrategische Grundkonsens.

66 Prozent können sich der Forderung ganz oder teilweise anschliessen, man solle Steuern und Ausgaben senken. Der Trend ist hier seit 2007 leicht steigend; 2008 und 2010 war die Forderung jedoch populärer.

Knapp nicht mehr mehrheitsfähig ist 2013 wie auch schon 2012 dagegen, erst die Steuern und dann die Ausgaben zu senken; das unterstützen nur 48 Prozent sehr oder eher. 2008 bis 2011 hat eine absolute Mehrheit diese Forderung unterstützt.

Steuerhöhungen bleiben indes für fast drei Viertel der Befragten ein Tabu; unabhängig davon, ob neue Aufgaben gleichzeitig mit Steuererhöhungen angepackt werden oder die Steuern in Folge neuer Aufgaben erhöht werden müssen. Seit den steuerkritischeren Jahren 2010/2011 nimmt die Bereitschaft zu neuen Aufgaben und höheren Steuern wieder zu.

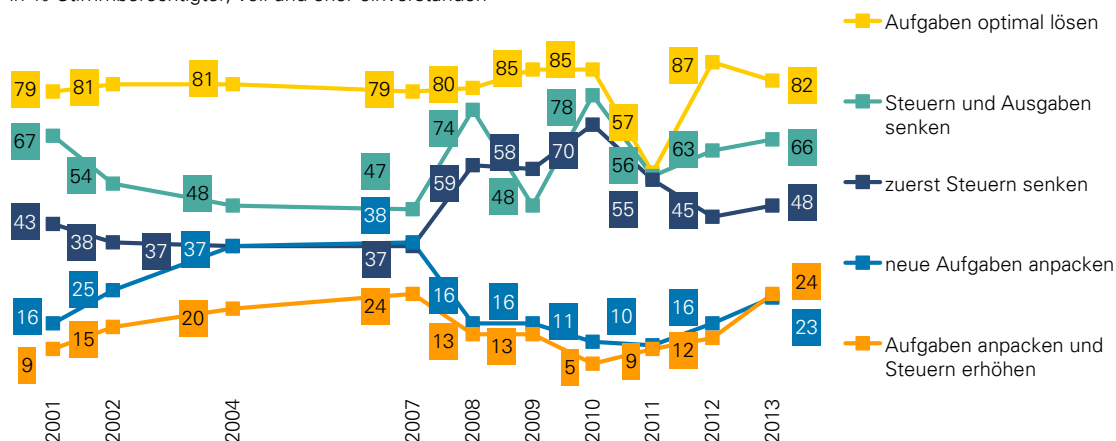
Grafik 38

Trend Strategien Staatshaushalt

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

- Aufgaben optimal lösen** "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."
- Steuern und Ausgaben senken** "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."
- zuerst Steuern senken** "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."
- neue Aufgaben anpacken** "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."
- Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen** "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

in % Stimmberechtigter, voll und eher einverstanden



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Wie im Vorjahr sind die Unterschiede entlang der Einkommensklassen relativ gering: Der Grundkonsens der optimalen Aufgabenerfüllung steht bei allen Einkommen klar an erster Stelle, neue Aufgaben und höhere Steuern finden nur minderheitlichen Zuspruch. Leichte Unterschiede gibt es in der Einschätzung, ob und wie schnell Steuern gesenkt werden sollen: Eine gleichzeitige Steuer- und Ausgabensenkung ist in allen Einkommensklassen mehrheitlich erwünscht – am stärksten bei der unteren Mittelschicht mit einem Haushaltsmonatseinkommen zwischen CHF 3'000 und 5'000 (72% voll und eher einverstanden), am geringsten bei der oberen Mittelschicht zwischen CHF 9'000 und 11'000 (54%). Eine vorgezogene Steuersenkung, damit Druck auf die Ausgaben ausgeübt wird, findet nur bei Einkommen zwischen CHF 3'000 und 5'000 (59%) sowie zwischen CHF 7'000 und 9'000 (51%) eine absolute Zustimmungsmehrheit. Am tiefsten sitzt dieser Wunsch bei den höchsten Einkommen (über CHF 11'000; 34%).

Weitgehende Einigkeit herrscht auch zwischen den verschiedenen Parteianhängerschaften: Die optimale Aufgabenerfüllung geht bei allen Parteien den anderen Strategien voran, zuletzt können sie sich Steuererhöhungen (auf die eine oder andere Weise) vorstellen. Die letztmals festgestellte Tendenz zu Mehrausgaben bei der SP-Anhängerschaft ist in diesem Jahr nicht mehr erkennbar. Die Mehrheitsverhältnisse bezüglich tieferer Steuern mit nachgelagerten Ausgabensenkungen variieren von Partei zu Partei – mal knapp über, mal knapp unter 50 Prozent –, jedoch sind die Unterschiede statistisch nicht signifikant. Gleichzeitige Steuer- und Ausgabensenkungen sind wie im Vorjahr bei der Basis

von SP und FDP. Die Liberalen unterdurchschnittlich, bei der SVP und der GPS überdurchschnittlich erwünscht.

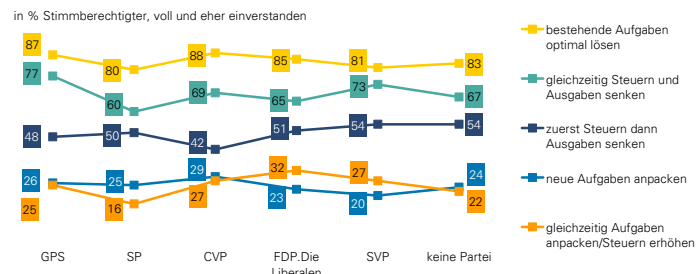
Wie schon 2012 gibt es dagegen grössere Unterschiede nach Sprachregion: Besonders die Romandie mit ihrer deutlicheren Neigung zu Steuersenkungen fällt auf. Gleichzeitige Steuer- und Ausgaben-senkungen werden von mehr französischsprachigen Befragten gefordert als die optimale Erfüllung bestehender Aufgaben – 2012 lagen diese beide Forderungen gleichauf. Im Trend fällt als zweites die italienischsprachige Schweiz auf: Im letzten Jahr waren da die Forderungen nach Steuersenkungen noch weniger populär als in der Deutschschweiz. Nun liegt die italienischsprachige beinahe gleichauf mit der französischsprachigen Schweiz. Steuererhöhungen sind auf allen Seiten des Röstli- und Polentagrabens unbeliebt.

Grafik 39

Strategien Staatshaushalt nach Partei

Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.

bestehende Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."
gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."
zuerst Steuern dann Ausgaben senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."
neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."
gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

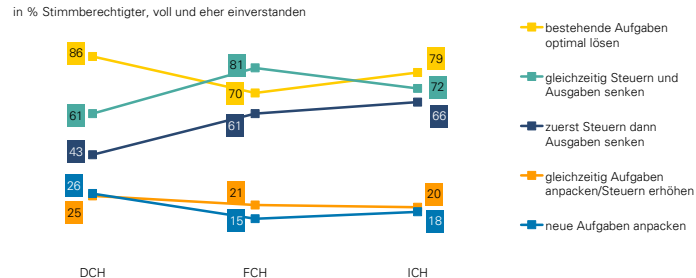


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Strategien Staatshaushalt nach Sprachregion

Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind.

bestehende Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."
gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."
zuerst Steuern dann Ausgaben senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."
gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."
neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Auf den ersten Blick zeigt sich in den verschiedenen Siedlungsgebieten ein ähnliches Bild wie in der Gesamtschweiz – mit ein paar Auffälligkeiten: Die Reihenfolge der meistgeteilten drei Aussagen ist in allen Regionen gleich. Einzig die Rangierung der Steuererhöhungen unterscheidet sich. Auf dem Land sind Neuaufgaben und gleichzeitigen Steuererhöhungen beliebter als anderswo. In den grossen Kernstädten könnte man sich allenfalls mit neuen Aufgaben anfreunden, ohne dass automatisch die Steuern erhöht würden. Allerdings sind sowohl in der Stadt als auch auf dem Land nur klare Minderheiten für Steuererhöhungen zu finden. Im Umland der grossen Kernstädte sind gleichzeitige Steuer- und Ausgaben-senkungen überdurchschnittlich, auf dem Land unterdurchschnittlich beliebt. Bei der optimalen Aufgabenerfüllung mit bestehenden Mittel verhält es sich gerade umgekehrt.

Strategien Staatshaushalt nach Siedlungsart

"Steuern dienen der Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Wenn der Staat mehr Ausgaben macht als er einnimmt, entsteht ein Defizit, wenn er mehr einnimmt als ausgibt, macht er einen Überschuss. Ich lese Ihnen jetzt einige Strategien vor, wie man damit umgehen kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, mit welchen Sie voll einverstanden, eher, eher nicht oder überhaupt nicht einverstanden sind."

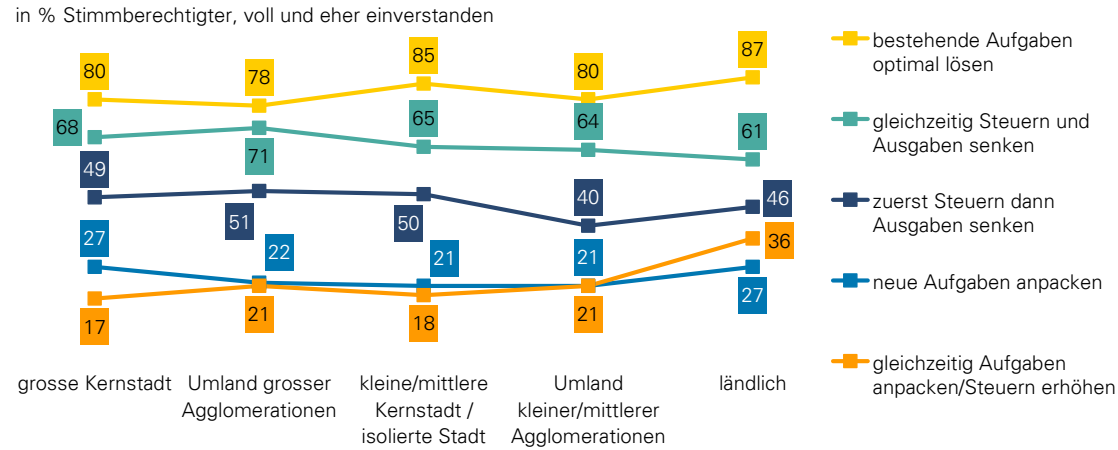
bestehende Aufgaben optimal lösen "Die bestehenden Aufgaben ohne neue Einnahmen optimal lösen."

gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken "Gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken."

zuerst Steuern dann Ausgaben senken "Zuerst Steuern senken, damit auch später die Ausgaben gesenkt werden."

neue Aufgaben anpacken "Neue Aufgaben anpacken, auch wenn damit die Steuern steigen."

gleichzeitig Aufgaben anpacken/Steuern erhöhen "Gleichzeitig neue Aufgaben anpacken und Steuern erhöhen."

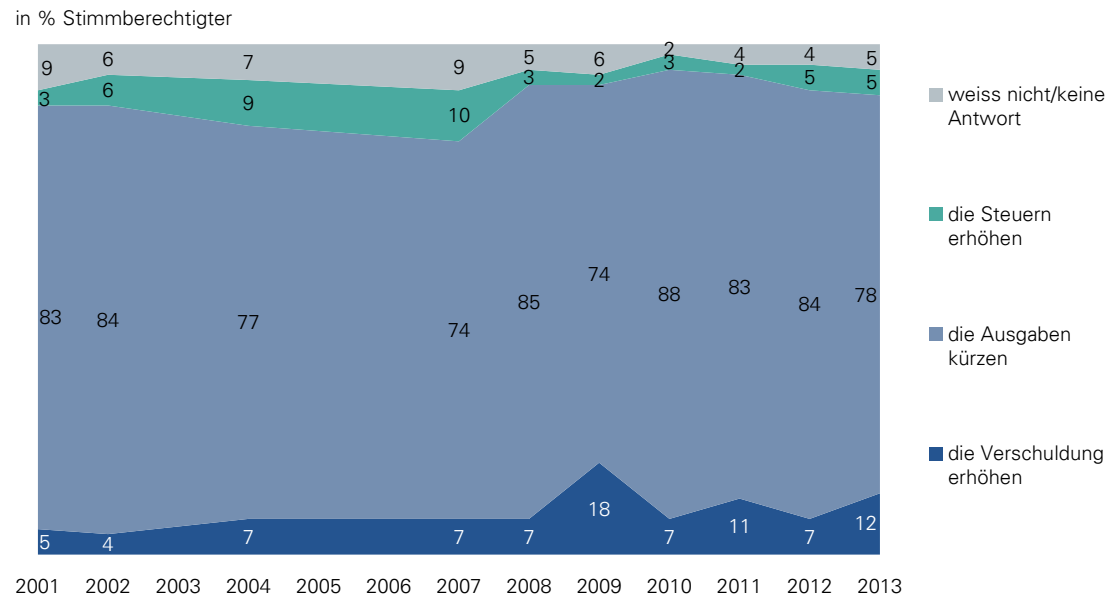


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Die finanzpolitischen Präferenzen der Schweizer Stimmberechtigten sind klar verteilt. Kommt es in öffentlichen Haushalten zu Defiziten, ist der Konsens hoch, dass die Ausgaben gekürzt werden müssen (78%). Trotz eines Rückgangs gegenüber dem Vorjahr (-6 Prozentpunkte) bleibt das Verdikt deutlich – höhere Verschuldung (12%) oder Steuererhöhungen (5%) werden nur von klaren Minderheiten gewünscht.

Trend Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Defizite im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung erhöhen, die Ausgaben kürzen oder die Steuern erhöhen?"



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

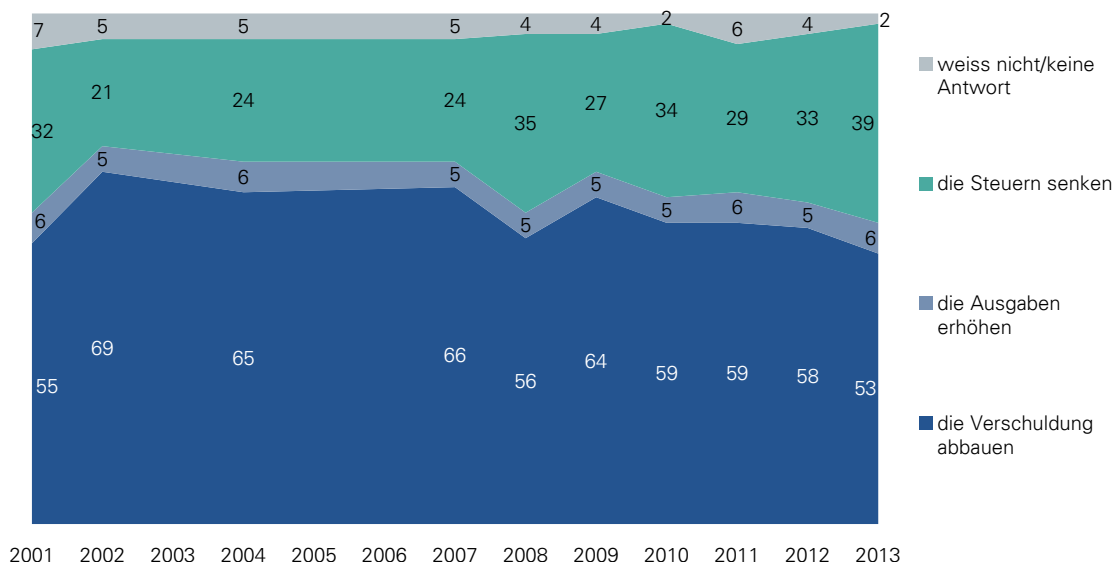
Bei Überschüssen oszillieren die Meinungen zwischen Schuldenabbau (53%) und Steuersenkungen (39%). Der Trend geht dabei seit 2002 leicht, aber kontinuierlich in Richtung Steuersenkung.

Grafik 42

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"

in % Stimmberechtigter



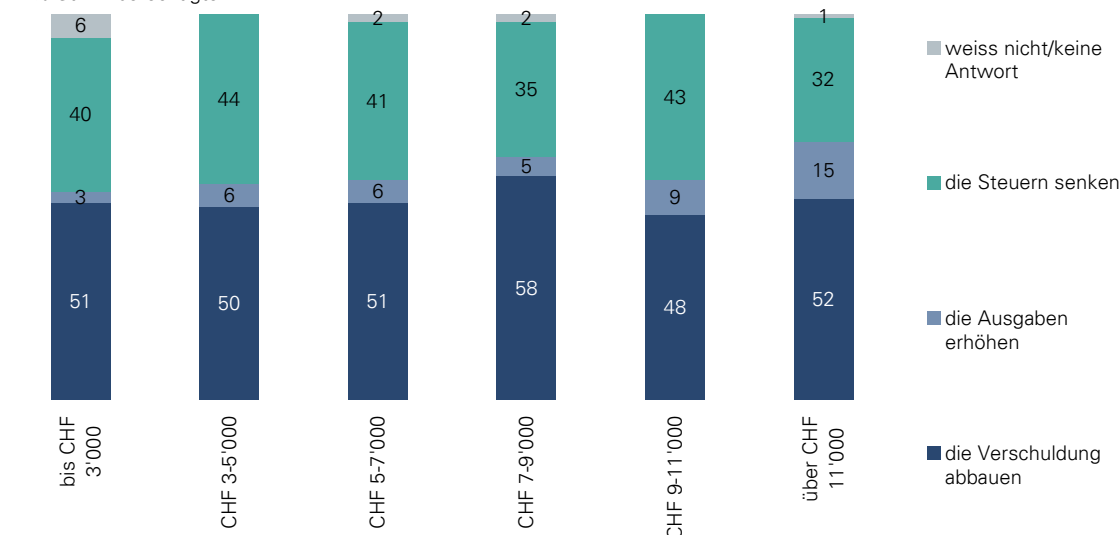
© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

Grafik 43

Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt nach Haushaltseinkommen

"Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

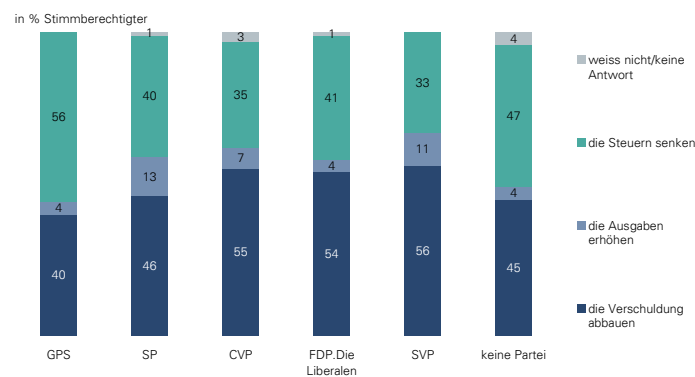
Die verschiedenen Einkommensklassen sind sich im Prinzip im Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt einig: Schuldenabbau geht vor Steuersenkungen. Der Schuldenabbau steht auch in allen Landesteilen an erster Stelle. Interessanterweise hat im Vorjahresvergleich die Forderung nach Steuersenkungen in der deutschsprachigen Schweiz zugenommen, während sich in der italie-

nischsprachigen deutlicher und in der französischsprachigen Schweiz tendenziell die Verhältnisse Richtung Schuldenabbau verschoben haben. Deckungsgleich mit den Vorjaheresergebnissen wünscht sich die Basis der GPS (gefolgt von den Parteungebundenen) am stärksten Steuersenkungen, diesmal sogar absolut mehrheitlich.

Grafik 44

Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt nach Partei

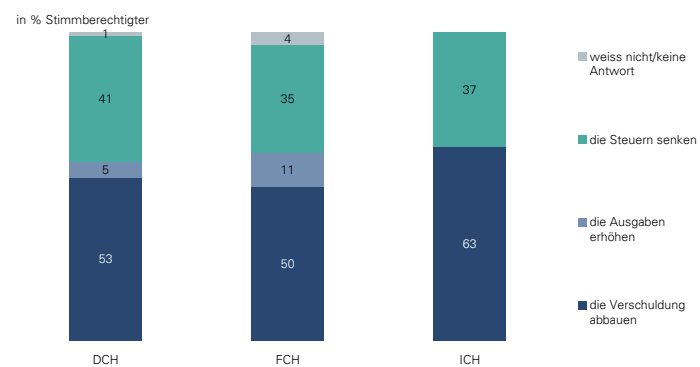
Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt nach Sprachregion

Was soll Ihrer Meinung nach in erster Linie geschehen, wenn sich Überschüsse im Staatshaushalt abzeichnen? Soll man als Erstes die Verschuldung abbauen, die Ausgaben erhöhen oder die Steuern senken?



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000), sig.

3.7.1 Zwischenbilanz

Differenziert man das nach den fünf hauptsächlichen Strategien in der Finanzpolitik, dominiert die Optimierung der Aufgabenerfüllung unverändert. 66 Prozent sind der Meinung, man solle Steuern und Ausgaben gleichermassen senken. Knapp nicht mehr mehrheitsfähig ist dagegen, erst die Steuern und dann die Ausgaben zu senken. Steuerhöhungen bleiben für fast drei Viertel der Befragten ein Tabu.

Die finanzpolitischen Präferenzen der Schweizer Stimmberechtigten sind klar verteilt. Kommt es in öffentlichen Haushalten zu Defiziten, ist der Konsens hoch, dass die Ausgaben gekürzt werden müssen. Bei Überschüssen oszillieren die Meinungen zwischen Schuldenabbau und Steuersenkungen. Der Trend geht dabei seit 2002 leicht, aber kontinuierlich in Richtung von Steuersenkungen.

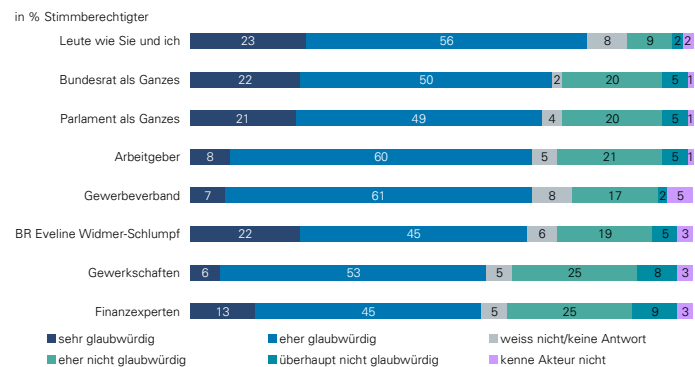
3.8 Glaubwürdigkeit von Akteuren

Finanzpolitische Entscheidung trauen sich 79 Prozent (sehr oder eher glaubwürdig) der Befragten zu:

Grafik 45

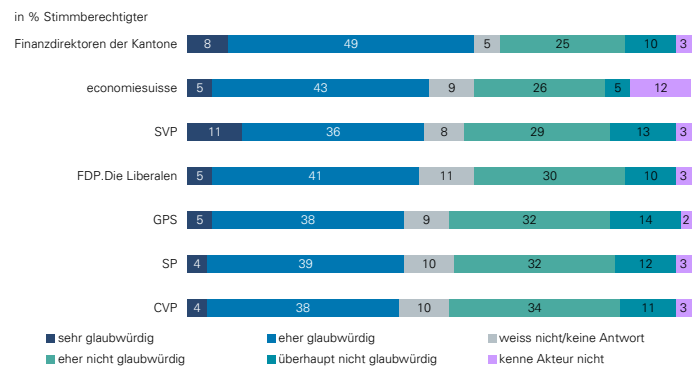
Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."



Glaubwürdigkeit der Akteure (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."



Gegenüber dem Vorjahr ist der Wert zwar sinkend (-8 Prozentpunkte), aber immer noch klar mehrheitlich; zudem sieht man sich selber am verbreitetsten als kompetenter Akteur.

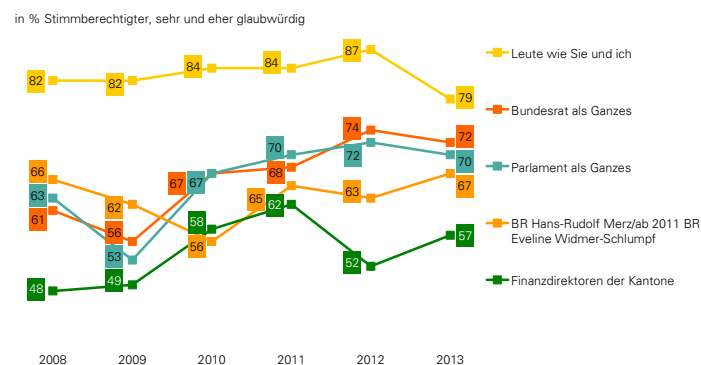
An zweiter Stelle hat sich der Bundesrat (74%, -2) etablieren können, der noch vor dem Parlament rangiert (70%, -2). Verbessert hat sich die Glaubwürdigkeit von Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, welche für 67 Prozent (+4%) eine glaubwürdige Finanzpolitik betreibt. Die kurzfristige Trendaussage gilt auch für die kantonalen Finanzdirektoren (+5), welche von einer Mehrheit als sehr oder eher glaubwürdig erachtet werden (57%), aber hinter den nationalen Behörden zu liegen kommen.

Bei negativem Trend mehrheitlich glaubwürdig sind die Arbeitgeber (68% -5), die Gewerkschaften (68%, -6) und der Gewerbeverband (59%, -3). Erstmals seit 2009 unter die 50-Prozent-Schwelle ist 2013 economiesuisse gefallen (48%, -11).

Grafik 46

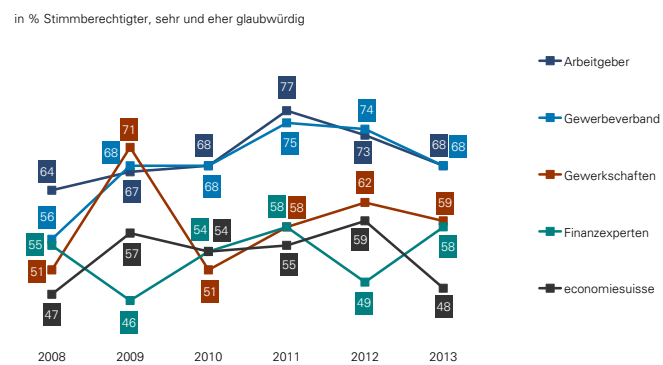
Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."



Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."



Die 50-Prozent-Hürde erreicht auch keine Partei mehr, wobei die SVP (47%, -4) und FDP (46%, -6) am ehesten noch glaubwürdig bleiben; SP (43%, -3), GPS (43%, -9) und CVP (42%, -5) rangieren dahinter. Wie bei den Verbänden ist der Ein-Jahres-Trend auch bei allen Parteien negativ. Besonders die GPS ist in der Gunst der Befragten nach zwei respektablen Werten 2011 und 2012 wieder

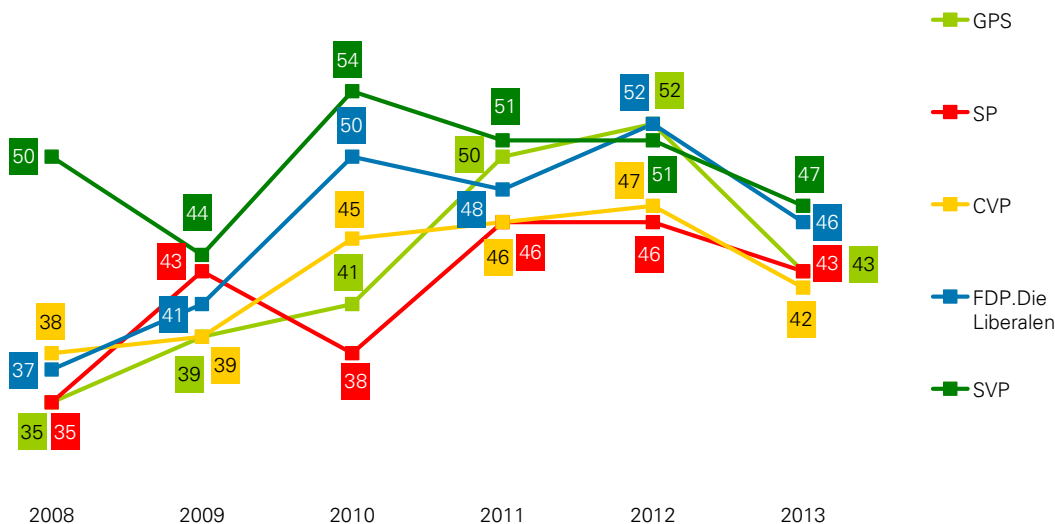
zurückgefallen. Der Vorsprung der rechts-bürgerlichen gegenüber den links-grünen Parteien ist allerdings nicht so deutlich wie 2010.

Grafik 47

Trend Glaubwürdigkeit der Akteure (3)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = jeweils ca. 1000)

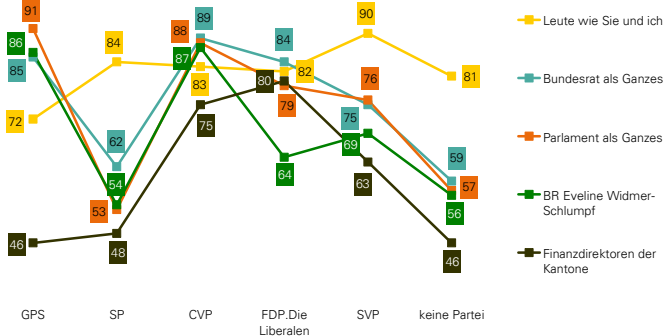
Die parteipolitische Brille definiert auch 2013 den Blick auf die Akteure:

Grafik 48

Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (1)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig

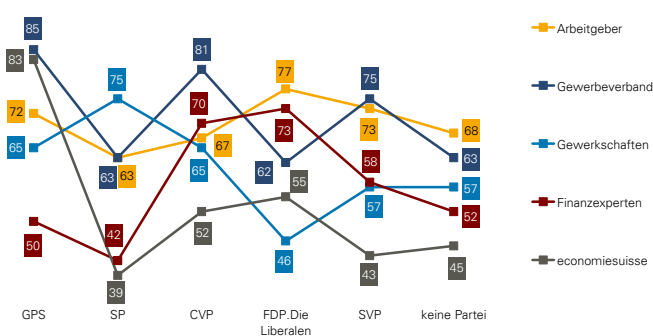


© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (2)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

Das Parlament, der Bundesrat und die Finanzministerin sind besonders bei den Wählerschaften von GPS, CVP und FDP.Die Liberalen, insgesamt aber auch bei der SVP glaubwürdig. Sichtbar kritischer sind die Parteiungebundenen und die SP-Basis, wobei jeweils eine Mehrheit die genannten Akteure für sehr oder eher glaubwürdig hält. Die kantonalen Finanzdirektoren sind besonders für die FDP.Die Liberalen glaubwürdig, welche bis Mitte Mai mit Christian Wanner den Präsidenten der Finanzdirektorenkonferenz gestellt hat, gefolgt von der CVP. Auch eine Mehrheit der SVP-Sympathisierenden hält die Finanzdirektoren für glaubwürdig. Bei den Parteiungebundenen, der SP- und der GPS-Basis liegen diese knapp unter der 50-Prozent-Marke. "Leute wie Sie und ich" werden von allen Parteianhängerschaften als glaubwürdig eingestuft, vor allem von jener der SVP.

Die Arbeitgeber und der Gewerbeverband werden wie 2012 in allen Lagern als glaubwürdig eingestuft. Überraschender ist das sehr gute Abschneiden von economiesuisse und Gewerbeverband bei den Sympathisierenden der GPS. 2012 war das nicht so, allerdings erzielten die beiden Akteure 2011 die höchste Glaubwürdigkeit ebenfalls im Lager der GSP. Nicht überraschend ist, dass die Gewerkschaften bei der SP die höchsten und bei der FDP. Die Liberalen die tiefsten Zustimmungswerte einfahren. Gerade umgekehrt verhält es sich mit den Finanzexperten, wie wir auch 2012 beobachten konnten.

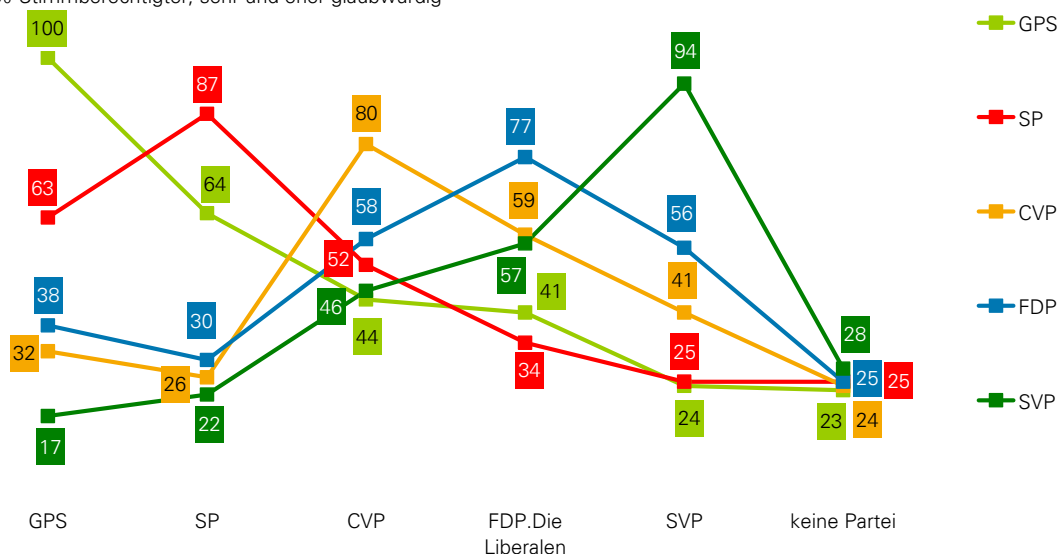
Wie in den Vorjahren halten die Anhängerschaften ihre eigene Partei als die glaubwürdigste und wie in den Vorjahren sind die Parteien am linken (GPS) und am rechten Rand (SVP) stärker von der eigenen Position überzeugt als die Parteien dazwischen. Ebenfalls konstant folgt bei jeder Partei mindestens eine weitere, politisch nahestehende Partei, die ebenfalls von einer Mehrheit als glaubwürdig eingestuft wird. So bewerten die Sympathisierenden von SP und GPS die jeweils andere Partei als glaubwürdig, dasselbe gilt für die Paare CVP und FDP sowie FDP und SVP. Zusätzlich erreicht die SP eine knappe Mehrheit unter CVP-Anhängerinnen und -Anhängern, die FDP. Die Liberalen und die SVP allerdings nicht mehr. Die anderen Parteien werden jeweils von den Anhängerschaften mehrheitlich als nicht glaubwürdig betrachtet. Die Parteiungebundenen sind skeptisch gegenüber allen Parteien, skeptischer als 2012.

Grafik 49

Glaubwürdigkeit der Akteure nach Parteien (3)

"Ich lese Ihnen jetzt einige Akteure vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob diese für Sie sehr glaubwürdig, eher glaubwürdig, eher nicht glaubwürdig oder gar nicht glaubwürdig sind wenn es um Finanz- und Steuerpolitik geht. Wenn Sie einen Akteur nicht kennen, sagen Sie mir das ruhig."

in % Stimmberechtigter, sehr und eher glaubwürdig



© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013 (N = 1000)

3.8.1 Zwischenbilanz

Finanzpolitische Entscheidungen trauen sich 79 Prozent der Befragten zu: Gegenüber dem Vorjahr ist der Wert zwar sinkend, aber immer noch klar mehrheitlich; zudem sieht man sich selber am verbreitetsten als kompetenter Akteur.

An zweiter Stelle hat sich der Bundesrat etablieren können, der noch vor dem Parlament rangiert. Verbessert hat sich Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf. Die kurzfristige Tendaussage gilt auch für die kantonalen Finanzdirektoren.

Bei negativem Trend mehrheitlich glaubwürdig sind die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und der Gewerbeverband. Erstmals seit 2009 unter die 50-Prozent-Schwelle ist *economiesuisse* gefallen. Die 50-Prozent-Hürde erreicht auch keine Partei mehr, wobei die SVP und FDP am ehesten noch glaubwürdig bleiben; SP, GPS und CVP rangieren dahinter.

4 Synthese

Aus den Ergebnissen des Finanzmonitors 2013 leiten wir neun Thesen ab, die wir im Folgenden besprechen:

These 1

Die finanzpolitischen Beurteilungen der Stimmberechtigten werden vor dem Hintergrund einer insgesamt neutralen Zukunftsbeurteilung gemacht. Die Beurteilungen sind in erster Linie parteipolitisch polarisiert. Optimistischer als der Schnitt sind FDP-Wählende, pessimistischer SVP-Wählende.

Die wirtschaftlichen Kennzahlen aus dem letzten Jahr sind ambivalent. Aus Bevölkerungssicht hat sich die Wirtschaftslage in den letzten zwölf Monaten kaum verändert, mit einem leichten Überhang einer negativen Sichtweise. Daraus leiten die Befragten ab, dass auch in den kommenden zwölf Monaten die Wirtschaftslage sich weder dramatisch in die eine noch in die andere Richtung entwickeln wird. Wenn auch der Blick zurück unabhängig von der Parteifarbe ist, so blicken unter den Sympathisierenden der FDP. Die Liberalen mehr Leute optimistisch als pessimistisch in die Zukunft. Bei der SVP ist dagegen eine pessimistische Tendenz zu erkennen.

These 2

Die wahrgenommene, eigene Belastung durch Steuern wächst wieder langsam aber kontinuierlich an. Sie wird einkommensabhängig unterschiedlich beurteilt, in unteren Einkommensklassen sind kritische Stimmen verbreiteter als in höheren.

Für fast die Hälfte der Stimmberechtigten werden die Steuerrechnungen von Zeit zu Zeit zu einem Problem für das Haushaltsbudget. Für die tieferen Einkommen mag die Belastung in absoluten Zahlen klein sein. Für ein schmales Budget können diese Beträge jedoch den Unterschied ausmachen, ob am Ende des Monats etwas übrig bleibt oder der Saldo ins Minus rutscht.

These 3

Die Austauschrelation zwischen sich und dem Staat ist mehrheitlich negativ, verbessert sich aber langsam wieder. Der Anteil derjenigen, die das Verhältnis von Abgaben zu Leistungen als ausgeglichen erachten, steigt stetig.

Zu Beginn der Nullerjahre herrschte unter den Stimmberechtigten die Meinung vor, der Staat fordere mehr als er mit seinen Leistungen an die Bevölkerung zurückgebe. Auch heute glauben nicht mehr Leute als damals, dass sie zu den Netto-Gewinnern gehören. Dafür erhöht sich langsam, aber stetig der Anteil derjenigen, welche gemäss ihrer Selbsteinschätzung gleich viel erhalten, wie sie bezahlen. Die unteren Einkommenschichten erkennen häufiger als die Personen mit höheren Einkommen, dass sie netto mehr erhalten als bezahlen. Die Umverteilung von oben nach unten scheint von den Betroffenen zum Teil wahrgenommen zu werden.

These 4

Die Beurteilung des finanzpolitischen Staatshandelns ist moderat kritisch. An den politischen Polen wird die Aufgabenerfüllung kritisiert, rechts der Mitte das Ausgabeverhalten.

Zwei Kritikpunkte werden gegenüber der Finanzpolitik vorgebracht: Einerseits habe der Staat seine Ausgaben nicht im Griff, andererseits vernachlässige er seine Aufgaben. Die Kritik am Ausgabeverhalten des Staates ist vor allem von der politisch rechten Seite zu vernehmen. Die insgesamt schwächere Kritik an der Aufgabenerfüllung ertönt vorwiegend von den Rändern rechts und links.

Trotz dem Gefühl einer hohen Steuerbelastung, geringen Gegenleistungen, mangelnder Aufgabenerfüllung und leichtfertiger Ausgabeverhalten bezahlen die Befragten ihre Steuern, weil sie es als ihre Pflicht erachten und sie einen funktionierenden Staat wollen. Dieses Pflichtgefühl ist in allen Schichten, Regionen und Parteilagern deutlich vorhanden und über die Zeit stabil.

These 5

Mehrheitliche Ausgabenpräferenzen gibt es selbst im Bildungsbereich nicht mehr, mehrheitliche Sparbereiche im Asylwesen, bei den Verwaltungslöhnen und der Armee indessen weiterhin. Die Sparpräferenzen polarisieren in erster Linie nach Parteipräferenz. Rechts steht das Asylwesen in der Kritik, links die Armee.

Seit Beginn der Erhebungsreihe sind das Asylwesen, die Löhne der Verwaltung und die Armee die drei Bereiche, in welchen die Befragten am meisten sparen wollen. Je nach politischer Stimmung liegt der eine oder der andere Bereich an erster Stelle – seit drei Jahren ist es das Asylwesen. Vor allem die Anhänger-schaften der SVP, der FDP. Die Liberalen und die Parteiungebundenen wollen hier die Schraube anziehen, doch erreicht der Sparwille auch weite Teile der rot-grünen Wählerschaft. Bei dieser geht die Armee jedoch als Sparziel dem Asylwesen vor.

Für Mehrausgaben findet sich in keinem Bereich eine absolute Mehrheit, knapp auch nicht mehr im Bildungswesen. Tendenziell könnten sich die Befragten auch mehr Gelder für die AHV oder die Forschung vorstellen.

Ein Automatismus, dass Abstimmungsvorlagen mit Ausgabenkürzungen zum Beispiel bei der Armee vom Stimmvolk angenommen und Mehrausgaben im öffentlichen Verkehr abgelehnt würden, lässt sich daraus nicht ableiten. Im Einzelfall werden die Stimmberechtigten Für und Wider abwägen und ihren Entscheid fällen.

These 6

Mehrheitlich akzeptierte, finanzpolitische Strategien sind Ausgabenkürzungen bei Defiziten, während bei Überschüssen Schuldenabbau an erster, Steuersenkungen an zweiter Stelle stehen. Der Trend geht leicht in Richtung Steuersenkungen. Die allgemeine Beurteilung ist kaum abhängig von Parteipräferenzen und Haushaltseinkommen.

Es ist über die Parteigrenzen hinweg unbestritten, dass zuerst die Ausgaben zurückgefahren werden müssen, wenn sich ein Defizit abzeichnet. Im umgekehrten Fall von Überschüssen ist bislang der Schuldenabbau die erste Wahl der Befragten. Langfristig werden Steuersenkungen aber zunehmend beliebt.

These 7

Die Schuldenbremse hat sich durchgesetzt. Sie gilt mehrheitlich als bewährt und wirksam. Die überwiegende Mehrheit will sie beibehalten. Die Zustimmungsmehrheit zur Erweiterung auf die Sozialpolitik hat sich weiter gefestigt.

Unverändert gilt die allgemeine Schuldenbremse als bewährt und im Zeitverlauf nimmt die Befürchtung laufend ab, dass sie eine Neuverschuldung nicht verhindern könne. Deshalb möchte sie eine deutliche Mehrheit in allen Parteilagern

gern und Sprachregionen beibehalten. Die Erfolgsgeschichte Schuldenbremse möchte eine Mehrheit auch in die Sozialversicherungen exportieren. Die im letzten Jahr erstmals gemessene Zustimmungsmehrheit dafür hat sich in diesem Jahr bestätigt.

These 8

Die Glaubwürdigkeit der staatlichen Finanzbehörden ist solide, teilweise leicht steigend. Eher sinkend ist die der Interessenvertreter, auch der politischen Parteien. Am besten schneiden in Finanzfragen noch SVP und FDP ab, doch polarisieren auch sie entlang der Parteigrenzen.

Finanzpolitik ist einer der Politikbereiche, in welchem die Stimmberechtigten sich selber und ihre MitbürgerInnen als die glaubwürdigsten Akteure betrachten – anders als beispielsweise in der Gesundheitspolitik. In der Finanzpolitik sehen sich die Stimmberechtigten trotz leicht sinkenden Werten auch 2013 in der Lage und sind dazu gewillt, die Grundsatzentscheide zu fällen. Langfristig wächst auch die Glaubwürdigkeit von Bundesrat und Parlament, kurzfristig konnten Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf und die kantonalen Finanzdirektoren an Glaubwürdigkeit gewinnen.

Die Interessenvertreter von links und rechts büssten an Glaubwürdigkeit ein, ebenso die politischen Parteien. SVP und FDP. Die Liberalen kommen dabei noch vor der SP, der GPS und der CVP zu landen. Wirklich glaubwürdig sind die Parteien nur für ihre eigene Wählerschaft und für diejenige von politisch nahestehenden Parteien.

These 9

Je nach Siedlungsart werden unterschiedliche finanzpolitische Schwerpunkte gesetzt. Dies tritt besonders bei der Beurteilung öffentlicher Aufgaben zutage, wo die grossen Kernstädte mehr zum Sparen neigen als die übrigen Regionen.

Ähnlich wie in der unteren Mittelschicht wird in den grossen Kernstädten die individuelle Steuerbelastung als hoch empfunden. Die Stimmberechtigten aus den grossen Kernstädten kritisieren überdurchschnittlich oft, dass der Staat die Ausgaben nicht im Griff habe und wichtige Aufgaben vernachlässige. In den grossen Kernstädten wird aber durchaus gesehen, dass aus den Steuern eine Gegenleistung erwächst – in den übrigen Regionen wird die Austauschrelation mit dem Staat schlechter beurteilt. Infolge dieser Wahrnehmung von einer hohen Steuerbelastung mit einem breiten staatlichen Angebot sind in grossen Kernstädten mehr Sparbereitschaft respektive weniger Ausbauwünsche vorhanden als anderswo. Das trifft beispielsweise auf die Polizei, den öffentlichen Verkehr oder das Gesundheitswesen zu, wo ein Ausbauwunsch vor allen ausserhalb der grossen Kernstädte zu finden ist. Der Gegenpol der grossen Kernstädte bilden dabei nicht ausschliesslich die Landgemeinde, sondern je nach Aufgabenbereich die kleinen und mittleren Agglomerationen oder das Umland der grossen Kernstädte.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team



CLAUDE LONGCHAMP

Verwaltungsratspräsident und Vorsitzender der Geschäftsleitung gfs.bern, Verwaltungsrat gfs-bd, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter der Universitäten Bern, Zürich und St. Gallen und an der Zürcher Hochschule Winterthur

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Parteien, politische Kultur, politische Kommunikation, Lobbying, öffentliche Meinung, Rassismus, Gesundheits- und Finanzpolitik

Zahlreiche Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, kantonale/städtische Abstimmungen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Ad-hoc-Studien, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, eGovernment, Medieninhaltsanalyse, Hochrechnungen



STEPHAN TSCHÖPE

wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Komplexe Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteienbarometer, Visualisierung



PHILIPPE ROCHAT

Projektassistent, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenanalyse / Datenbanken, Programmierungen, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen



CAROLE GAUCH

Politik- und Medienwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Medienanalysen, Recherchen, Visualisierungen



ANDREA KOHLI

Administration, Germanistin

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortrags-
administration

5.2 Signifikanztabellen Untergruppen

Die folgenden Tabellen geben die Unterschiede zwischen den ausgewiesenen Untergruppen wieder. **sig.** kennzeichnet Variablen, bei denen Unterschiede entlang der Untergruppen in der Stichprobe mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit auch in der Bevölkerung vorhanden sind. Bei mit **n.sig.** gekennzeichneten Variablen ist das nicht der Fall. In der Tabelle werden die Kategorien aufgeführt, die in einer Untergruppe gegenüber mindestens einer anderen Untergruppe **überdurchschnittlich** oft genannt wurde. (Davon zu unterscheiden ist die Frage, ob eine Kategorie mehrheitlich oder minderheitlich genannt wurde; das kann aus der Tabelle nicht abgelesen werden.)

Tabelle 2

Signifikanzen – Partei

Variable	sig.	SPS	CVP	FDP.Die Liberalen	SVP	GPS	keine Partei
Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate	n.sig.						
Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate	sig.			gleich bleiben	gleich bleiben	verbessern	
Belastung durch Steuern	sig.			eher kleines Problem			
Verhältnis Leistungen des Staates	sig.	eher gleich viel	eher gleich viel	eher weniger	eher gleich viel		eher weniger
Aussagen zu Steuern							
bezahle gerne Steuern	sig.	eher einverstanden	voll / eher einverstanden		eher einverstanden		überhaupt nicht einverstanden
ist meine Pflicht bezahlen und dann Ruhe haben	n.sig. sig.	überhaupt nicht einverstanden				eher einverstanden	
Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert	n.sig.						
Aussagen zu Behörden							
Vernachlässigung Aufgaben Ausgaben nicht im Griff	n.sig. sig.		eher nicht einverstanden				

Variable	sig.	SPS	CVP	FDP.Die Liberalen	SVP	GPS	keine Partei
Strategien Staatshaushalt							
zuerst Steuern dann Ausgaben senken	n.sig.						
gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken	n.sig.						
Bestehende Aufgaben optimal lösen	sig.		eher einverstanden		voll einverstanden		voll einverstanden
neue Aufgaben anpacken	n.sig.						
gleichzeitig Aufgaben anpacken / Steuern erhöhen	n.sig.						
Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt	sig.					weiss nicht	
Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt	sig.						
Beurteilung öffentlicher Aufgaben							
Polizei	sig.	mehr sparen	mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben		
Gerichte	sig.	gleich viel	mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben	
Armee	sig.	mehr sparen	mehr ausgeben		gleich viel		mehr sparen
Diplomatischer Dienst	n.sig.						
Entwicklungshilfe	sig.	mehr ausgeben			mehr sparen		
Bildung	sig.	mehr ausgeben			gleich viel		gleich viel
Forschung	sig.				gleich viel		gleich viel
Kultur	n.sig.						
Sport	n.sig.						
Randregionen	n.sig.						
Öffentliches Gesundheitswesen	n.sig.						
AHV	sig.	gleich viel	mehr ausgeben	mehr sparen	gleich viel		gleich viel
IV	sig.					mehr sparen	
Strassenbau	sig.						
Öffentlicher Verkehr	n.sig.						
Infrastrukturen wie Post oder Energie	n.sig.						
Asylwesen	sig.		mehr ausgeben		mehr sparen		mehr sparen
Landwirtschaft	sig.						
Umwelt / Raumplanung	n.sig.						
Löhne der Verwaltung	sig.			gleich viel	gleich viel		

Variable	sig.	SPS	CVP	FDP.Die Liberalen	SVP	GPS	keine Partei
Glaubwürdigkeit Akteure							
BR Eveline Widmer-Schlumpf	sig.	eher nicht glaubwürdig	sehr glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig		sehr glaubwürdig	
Bundesrat als Ganzes	sig.	eher nicht glaubwürdig	sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig	eher glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig
Parlament als Ganzes	sig.	eher nicht glaubwürdig	sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig	eher glaubwürdig	sehr glaubwürdig / eher nicht glaubwürdig
SVP	sig.	eher nicht / überhaupt nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig / eher nicht / überhaupt nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig / eher nicht / überhaupt nicht glaubwürdig	sehr / eher glaubwürdig	eher nicht/überhaupt nicht glaubwürdig	eher nicht / überhaupt nicht glaubwürdig/weiss nicht
FDP.Die Liberalen	sig.	eher nicht / überhaupt nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig	sehr / eher glaubwürdig	eher glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig	kennt Akteur nicht / weiss nicht
CVP	sig.	eher nicht glaubwürdig	sehr / eher glaubwürdig	eher glaubwürdig	eher glaubwürdig / eher nicht glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig / kennt Akteur nicht / weiss nicht
SP	sig.	sehr / eher glaubwürdig	eher glaubwürdig / eher nicht glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig	eher glaubwürdig / weiss nicht
GPS	sig.	sehr / eher glaubwürdig	eher glaubwürdig		eher nicht glaubwürdig	sehr / eher glaubwürdig	weiss nicht
Gewerkschaften	sig.	sehr glaubwürdig		eher nicht glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig		
Arbeitgeber	n.sig.						
Finanzdirektoren der Kantone	sig.	eher nicht glaubwürdig	sehr glaubwürdig	eher glaubwürdig		eher nicht glaubwürdig	
Finanzexperten	sig.		sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig		eher nicht glaubwürdig	
Leute wie Sie und ich	n.sig.						
Economiesuisse	sig.	eher nicht glaubwürdig	kennt Akteur nicht	eher glaubwürdig	kennt Akteur nicht	eher glaubwürdig	kennt Akteur nicht
Gewerbeverband	sig.		sehr glaubwürdig		eher glaubwürdig	sehr glaubwürdig	
Einschätzung Bundesschulden	sig.	89.9	125.9	112.9	100.3	86.5	100.2

Variable	sig.	SPS	CVP	FDP.Die Liberalen	SVP	GPS	keine Partei
Beurteilung Entwicklung Bundesschulden	sig.			gesunken		gesunken	
Beurteilung Höhe Bundesschulden	n.sig.						
Ansichten zur Schuldenbremse							
Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern	sig.	überhaupt nicht einverstanden					weiss nicht
Schuldenbremse beibehalten	sig.						weiss nicht
Schuldenbremse bewährt	sig.					voll einverstanden	weiss nicht
Schuldenbremse abschaffen	sig.	überhaupt nicht einverstanden				eher einverstanden	weiss nicht
Schuldenbremse für Sozialversicherungen	sig.	eher sinnvoll	gar nicht sinnvoll	eher sinnvoll		eher sinnvoll	

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013

Tabelle 3

Signifikanzen – Haushaltseinkommen

Variable	sig.	bis CHF 3000	3 - 5000 CHF	5 - 7000 CHF	7 - 9000 CHF	9 - 11000 CHF	über 11000 CHF
Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate	n.sig.						
Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate	n.sig.						
Belastung durch Steuern	sig.	ein ganz grosses Problem	ein ganz grosses Problem / ein eher grosses Problem		ein ganz grosses Problem	ein eher kleines Problem	ein eher kleines Problem
Verhältnis Leistungen des Staates	sig.	eher mehr		eher gleich viel	eher weniger	eher weniger	

Variable	sig.	bis CHF 3000	3 - 5000 CHF	5 - 7000 CHF	7 - 9000 CHF	9 - 11000 CHF	über 11000 CHF
Aussagen zu Steuern							
bezahle gerne Steuern	sig.	eher einverstanden	eher nicht einverstanden		eher nicht einverstanden	eher nicht einverstanden	eher einverstanden
Ist meine Pflicht bezahlen und dann Ruhe haben	n.sig. sig.			eher einverstanden		eher nicht einverstanden	
Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert	n.sig.						
Aussagen zu Behörden							
Vernachlässigung Aufgaben	sig.			eher nicht einverstanden		eher nicht einverstanden	
Ausgaben nicht im Griff	sig.						eher nicht einverstanden
Strategien Staatshaushalt							
zuerst Steuern dann Ausgaben senken	sig.					eher nicht einverstanden	eher nicht einverstanden
gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken	n.sig.						
Bestehende Aufgaben optimal lösen	n.sig.						
neue Aufgaben anpacken	sig.						eher einverstanden
gleichzeitig Aufgaben anpacken / Steuern erhöhen	n.sig.						
Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt	n.sig.						
Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt	sig.						Ausgaben erhöhen
Beurteilung öffentlicher Aufgaben							
Polizei	sig.	mehr sparen / mehr ausgeben	mehr sparen / gleich viel wie jetzt ausgeben	mehr ausgeben	mehr sparen	gleich viel wie jetzt ausgeben	
Gerichte	sig.				mehr ausgeben		mehr ausgeben
Armee	sig.						mehr ausgeben
Diplomatischer Dienst	sig.		gleich viel wie jetzt ausgeben		mehr sparen	gleich viel wie jetzt ausgeben	gleich viel wie jetzt ausgeben
Entwicklungshilfe	sig.			mehr sparen	mehr ausgeben		

Variable	sig.	bis CHF 3000	3 - 5000 CHF	5 - 7000 CHF	7 - 9000 CHF	9 - 11000 CHF	über 11000 CHF
Bildung	sig.	gleich viel wie jetzt ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben
Forschung	sig.	gleich viel wie jetzt ausgeben				mehr ausgeben	mehr ausgeben
Kultur	n.sig.						
Sport	n.sig.						
Randregionen	sig.						
Öffentliches Gesundheitswesen	sig.				mehr ausgeben	mehr ausgeben gleich viel wie jetzt ausgeben	
AHV	n.sig.						
IV	sig.						
Strassenbau	n.sig.						
Öffentlicher Verkehr	n.sig.						
Infrastrukturen wie Post oder Energie	sig.	kann sich nicht entscheiden					
Asylwesen	n.sig.						
Landwirtschaft	n.sig.						
Umwelt / Raumplanung	n.sig.						
Löhne der Verwaltung	sig.				mehr sparen	gleich viel wie jetzt ausgeben	
Glaubwürdigkeit Akteure							
BR Eveline Widmer-Schlumpf	sig.	sehr glaubwürdig				eher glaubwürdig	
Bundesrat als Ganzes	sig.	sehr glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig		eher glaubwürdig	eher glaubwürdig
Parlament als Ganzes	sig.	sehr glaubwürdig				eher glaubwürdig	
SVP	n.sig.						
FDP.Die Liberalen	n.sig.						
CVP	sig.			sehr glaubwürdig	überhaupt nicht glaubwürdig		
SP	n.sig.						
GPS	n.sig.						
Gewerkschaften	sig.						
Arbeitgeber	n.sig.						
Finanzdirektoren der Kantone	n.sig.						
Finanzexperten	sig.		eher nicht glaubwürdig			sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig
Leute wie Sie und ich	n.sig.						

Variable	sig.	bis CHF 3000	3 - 5000 CHF	5 - 7000 CHF	7 - 9000 CHF	9 - 11000 CHF	über 11000 CHF
Economiesuisse	sig.	kenne Akteur nicht					
Gewerbeverband	sig.	kenne Akteur nicht					
Einschätzung Bundesschulden	sig.	77.3	93.2	84.5	102.1	110.6	128.2
Beurteilung Entwicklung Bundesschulden	sig.		gestiegen	gesunken		gesunken	gesunken
Beurteilung Höhe Bundesschulden	sig.		zu hoch				
Ansichten zur Schuldenbremse							
Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern	sig.	kann sich nicht entscheiden					
Schuldenbremse beibehalten	n.sig.						
Schuldenbremse bewährt	sig.	kann sich nicht entscheiden	kann sich nicht entscheiden		voll einverstanden	voll einverstanden	voll einverstanden
Schuldenbremse abschaffen	n.sig.						
Schuldenbremse für Sozialversicherungen	sig.	kann sich nicht entscheiden					

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013

Tabelle 4

Signifikanzen – Sprachregion

Variable	sig.	DCH	FCH	ICH
Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate	n.sig.			
Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate	sig.	verbessern	gleich bleiben	
Belastung durch Steuern	sig.		ein eher grosses Problem	ein eher grosses Problem
Verhältnis Leistungen des Staates	n.sig.			

Variable	sig.	DCH	FCH	ICH
Aussagen zu Steuern				
bezahle gerne Steuern	sig.	eher nicht einverstanden / überhaupt nicht einverstanden	voll einverstanden / eher einverstanden/kann sich nicht entscheiden	überhaupt nicht einverstanden
Ist meine Pflicht bezahlen und dann Ruhe haben	sig.	voll einverstanden	eher einverstanden	
Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert	sig.	eher nicht einverstanden / überhaupt nicht einverstanden	eher einverstanden/kann sich nicht entscheiden	überhaupt nicht einverstanden
Aussagen zu Behörden				
Vernachlässigung Aufgaben	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Ausgaben nicht im Griff	n.sig.			
Strategien Staatshaushalt				
zuerst Steuern dann Ausgaben senken	sig.	eher nicht einverstanden / überhaupt nicht einverstanden	voll einverstanden / eher einverstanden/kann sich nicht entscheiden	
gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken	sig.	eher nicht einverstanden / überhaupt nicht einverstanden	eher einverstanden / kann sich nicht entscheiden	
Bestehende Aufgaben optimal lösen	sig.	voll einverstanden	eher nicht einverstanden / kann sich nicht entscheiden	kann sich nicht entscheiden
neue Aufgaben anpacken	sig.	eher einverstanden	kann sich nicht entscheiden	
gleichzeitig Aufgaben anpacken / Steuern erhöhen	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt	sig.			
Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt	sig.		Ausgaben erhöhen / kann sich nicht entscheiden	
Beurteilung öffentlicher Aufgaben				
Polizei	n.sig.			
Gerichte	n.sig.			
Armee	n.sig.			
Diplomatischer Dienst	n.sig.			
Entwicklungshilfe	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Bildung	n.sig.			
Forschung	n.sig.			
Kultur	sig.	gleich viel wie jetzt ausgeben	mehr ausgeben	mehr ausgeben
Sport	sig.	mehr ausgeben	mehr ausgeben / kann sich nicht entscheiden	mehr sparen
Randregionen	sig.			mehr sparen

Variable	sig.	DCH	FCH	ICH
Öffentliches Gesundheitswesen	n.sig.			
AHV	sig.		mehr sparen	
IV	n.sig.			
Strassenbau	n.sig.			
Öffentlicher Verkehr	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Infrastrukturen wie Post oder Energie	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Asylwesen	sig.		kann sich nicht entscheiden	mehr ausgeben
Landwirtschaft	sig.	mehr ausgeben	gleich viel wie jetzt ausgeben	
Umwelt / Raumplanung	sig.	mehr ausgeben	gleich viel wie jetzt ausgeben / kann sich nicht entscheiden	
Löhne der Verwaltung	sig.	mehr sparen	gleich viel wie jetzt ausgeben / mehr ausgeben / kann ich nicht entscheiden	mehr sparen
Glaubwürdigkeit Akteure				
BR Eveline Widmer-Schlumpf	sig.	sehr glaubwürdig / eher glaubwürdig	eher glaubwürdig / kann sich nicht entscheiden	eher nicht glaubwürdig / kenne Akteur nicht
Bundesrat als Ganzes	sig.	sehr glaubwürdig / eher nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig / kann sich nicht entscheiden	
Parlament als Ganzes	sig.	sehr glaubwürdig / eher nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig / kann sich nicht entscheiden	eher nicht glaubwürdig
SVP	sig.		kenne Akteur nicht/kann sich nicht entscheiden	Antwortverweigerung
FDP.Die Liberalen	sig.		sehr glaubwürdig	Antwortverweigerung
CVP	sig.	eher nicht glaubwürdig		eher nicht glaubwürdig / Antwortverweigerung
SP	sig.	eher glaubwürdig		Antwortverweigerung
GPS	sig.			Antwortverweigerung
Gewerkschaften	sig.	eher glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig	überhaupt nicht glaubwürdig
Arbeitgeber	sig.	sehr glaubwürdig	eher nicht glaubwürdig / kenne Akteur nicht	eher nicht glaubwürdig
Finanzdirektoren der Kantone	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Finanzexperten	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Leute wie Sie und ich	sig.		kenne Akteur nicht	
Economiesuisse	sig.			überhaupt nicht glaubwürdig
Gewerbeverband	sig.	eher glaubwürdig	überhaupt nicht glaubwürdig / kenne Akteur nicht / kann sich nicht entscheiden	überhaupt nicht glaubwürdig

Variable	sig.	DCH	FCH	ICH
Einschätzung Bundesschulden	sig.	103.9	61.5	86.1
Beurteilung Entwicklung Bundesschulden	sig.	gleich bleiben / gesunken	kann sich nicht entscheiden	gleich bleiben / Antwortverweigerung
Beurteilung Höhe Bundesschulden	sig.	gerade richtig	zu hoch / kann sich nicht entscheiden	
Ansichten zur Schuldenbremse				
Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern	sig.		kann sich nicht entscheiden	
Schuldenbremse beibehalten	sig.	voll einverstanden	eher nicht einverstanden/kann sich nicht entscheiden	voll einverstanden
Schuldenbremse bewährt	sig.	voll einverstanden	eher nicht einverstanden	
Schuldenbremse abschaffen	sig.		kann sich nicht entscheiden	überhaupt nicht einverstanden
Schuldenbremse für Sozialversicherungen	n.sig.			

© gfs.bern, Finanzmonitor, April/Mai 2013

Tabelle 5

Signifikanzen – Siedlungsart

Variable	sig.	grosse Kernstadt	Umland grosser Agglomerationen	kleine / mittlere Kernstadt / isolierte Stadt	Umland kleiner / mittlerer Agglomerationen	ländlich
Allgemeine Wirtschaftslage vergangene 12 Monate	n.sig.					
Allgemeine Wirtschaftslage kommende 12 Monate	sig.			gleich bleiben		
Belastung durch Steuern	sig.	eher grosses Problem	ganz grosses Problem	gar kein Problem	gar kein Problem	

Variable	sig.	grosse Kernstadt	Umland grosser Agglomerationen	kleine / mittlere Kernstadt / isolierte Stadt	Umland kleiner / mittlerer Agglomerationen	ländlich
Aussagen zu Steuern						
Verhältnis Leistungen des Staates	sig.				eher mehr	
bezahle gerne Steuern	sig.	eher einverstanden	eher einverstanden	eher einverstanden		überhaupt nicht einverstanden
Ist meine Pflicht bezahlen und dann Ruhe haben	sig. sig.	eher einverstanden eher einverstanden	eher einverstanden voll einverstanden	voll einverstanden eher einverstanden	voll einverstanden	eher einverstanden eher nicht einverstanden
Steuern bezahlen damit der Staat funktioniert	sig.	eher einverstanden/kann sich nicht entscheiden	eher einverstanden	eher einverstanden	voll einverstanden	
Aussagen zu Behörden						
Vernachlässigung Aufgaben	sig.	eher einverstanden			überhaupt nicht einverstanden	
Ausgaben nicht im Griff	sig.	kann sich nicht entscheiden		überhaupt nicht einverstanden	überhaupt nicht einverstanden	voll einverstanden
Strategien Staatshaushalt						
zuerst Steuern dann Ausgaben senken	sig.		voll einverstanden			eher nicht einverstanden
gleichzeitig Steuern und Ausgaben senken	sig.				überhaupt nicht einverstanden	
Bestehende Aufgaben optimal lösen	sig.		eher nicht einverstanden		überhaupt nicht einverstanden	
neue Aufgaben anpacken gleichzeitig Aufgaben anpacken / Steuern erhöhen	sig. sig.	eher nicht einverstanden				voll einverstanden
Umgang mit Defiziten im Staatshaushalt	n.sig.					
Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt	n.sig.					
Beurteilung öffentlicher Aufgaben						
Polizei	sig.	mehr sparen				mehr ausgeben
Gerichte	n.sig.					
Armee	sig.	mehr sparen		mehr sparen		
Diplomatischer Dienst	sig.			kann sich nicht entscheiden		

Variable	sig.	grosse Kernstadt	Umland grosser Agglomerationen	kleine / mittlere Kernstadt / isolierte Stadt	Umland kleiner / mittlerer Agglomerationen	ländlich
Entwicklungshilfe	n.sig.					
Bildung	sig.		mehr ausgeben	mehr ausgeben		
Forschung	sig.		mehr ausgeben	mehr ausgeben	mehr sparen	mehr sparen
Kultur	n.sig.					
Sport	n.sig.					
Randregionen	sig.			kann sich nicht entscheiden		mehr ausgeben
Öffentliches Gesundheitswesen	sig.	mehr sparen		gleich viel wie jetzt ausgeben		gleich viel wie jetzt ausgeben
AHV	sig.					
IV	sig.	kann sich nicht entscheiden				
Strassenbau	n.sig.					
Öffentlicher Verkehr	sig.	mehr sparen		kann ich nicht entscheiden	mehr ausgeben	
Infrastrukturen wie Post oder Energie	sig.	mehr sparen	mehr sparen		kann sich nicht entscheiden	
Asylwesen	n.sig.					
Landwirtschaft	sig.	gleich viel wie jetzt ausgeben	mehr ausgeben	kann sich nicht entscheiden	mehr ausgeben	mehr ausgeben
Umwelt/Raumplanung	sig.				mehr ausgeben	mehr ausgeben
Löhne der Verwaltung	n.sig.					
Glaubwürdigkeit Akteure						
BR Eveline Widmer-Schlumpf	sig.	eher glaubwürdig				sehr glaubwürdig
Bundesrat als Ganzes	sig.	eher nicht glaubwürdig				sehr glaubwürdig
Parlament als Ganzes	sig.	eher glaubwürdig	eher glaubwürdig	sehr glaubwürdig		sehr glaubwürdig
SVP	sig.		kenne Akteur nicht	kann sich nicht entscheiden	überhaupt nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig / kann sich nicht entscheiden
FDP.Die Liberalen	sig.	eher nicht glaubwürdig		kann sich nicht entscheiden		kann sich nicht entscheiden
CVP	sig.		eher glaubwürdig/kenne Akteur nicht	kann sich nicht entscheiden		eher glaubwürdig/kann sich nicht entscheiden

Variable	sig.	grosse Kernstadt	Umland grosser Agglomerationen	kleine / mittlere Kernstadt / isolierte Stadt	Umland kleiner / mittlerer Agglomerationen	ländlich
SP	sig.	eher glaubwürdig / kenne Akteur nicht	kenne Akteur nicht	kann sich nicht ent- scheiden	überhaupt nicht glaubwürdig	überhaupt nicht glaubwürdig / kann sich nicht entscheiden
GPS	sig.				überhaupt nicht glaubwürdig	überhaupt nicht glaubwürdig / kann sich nicht entscheiden
Gewerkschaften	sig.	kenne Akteur nicht				kann sich nicht ent- scheiden
Arbeitgeber	sig.	eher nicht glaubwürdig	sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig	sehr glaubwürdig	kann sich nicht ent- scheiden
Finanzdirektoren der Kantone	sig.	eher nicht glaubwürdig / kenne Akteur nicht	eher nicht glaubwürdig	eher glaubwürdig	sehr glaubwürdig / eher nicht glaubwürdig	sehr glaubwürdig / eher glaubwürdig
Finanzexperten	sig.	kenne Akteur nicht	überhaupt nicht glaubwürdig		überhaupt nicht glaubwürdig	
Leute wie Sie und ich	sig.	kann sich nicht ent- scheiden				
Economiesuisse	sig.	kenne Akteur nicht				kann sich nicht ent- scheiden
Gewerbeverband	sig.	eher glaubwürdig			sehr glaubwürdig	
Einschätzung Bundesschul- den	sig.	73.8	98.6	100	84.7	112.7
Beurteilung Entwicklung Bundesschulden	n.sig.					
Beurteilung Höhe Bundes- schulden	sig.	zu hoch	zu hoch			gerade richtig
Ansichten zur Schuldenbremse						
Kann Schuldenanwuchs nicht verhindern	n.sig.					
Schuldenbremse beibehalten	sig.	eher einverstanden				eher einverstanden
Schuldenbremse bewährt	sig.			kann sich nicht ent- scheiden		kann sich nicht ent- scheiden
Schuldenbremse abschaffen	n.sig.					
Schuldenbremse für Sozial- versicherungen	sig.					kann sich nicht ent- scheiden

gfs.bern
Hirschengraben 5
Postfach 6323
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch